

# der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 6/2015



**Unverminderte Gewalt in Kuba**

**Lernen hinter Gittern**

**Gemeinsames Erinnern in Fünfeichen**

## Aktuell

- 3 Zuwenig Geld für Aufarbeitung  
Gedenkstättenlehrer bleiben  
Neue Themensammlung  
Studie der Bundesregierung zur Zwangsarbeit  
Dokumentiert

## Recht

- 4 Einmalige Auszahlung

## International

- 5 Zwei Schicksale in Korea  
Nord-Korea vor Hungersnot?  
Unverminderte Gewalt gegen Bürgerrechtler

## Aufarbeitung

- 6 Die letzten Zeugen

## Zeitzeugen

- 8 Lernen hinter Gittern

## Berichte

- 10 Gemeinsames Erinnern
- 11 „Macht aus dem Staat Gurkensalat!“  
Musik für den Bautzener Kirchenchor
- 12 Virulente DDR-Medizin  
Das Schweigen brechen
- 13 „Sie waren in ihrem eigenen Feindbild gefangen“

## Verbände

- 14 XXV. Mahn- und Gedenktreffen  
Gedenken in Sachsenhausen  
Gedenkfeier  
26. Gedenkveranstaltung
- 15 Halle-Forum 2015  
Suchanzeigen
- 16 „Verordnete Freundschaft“  
Zum 100. Geburtstag von Karl Fehlaber
- 17 Leserbrief  
Abschied

## Service/Bücher

- 18 Bitterfelder Abwege
- 19 Kunst verändert

## Service/Veranstaltungen

- 17–19

## Umschlagbild

Eine Arbeit aus dem Zyklus „Dunkelkammer Torgau“ der Künstlerin Katrin Büchel, die selbst sechs Monate in dem Geschlossenen Jugendwerkhof eingesperrt war. Sie machte mehrfach die Erfahrung von Einzel-Arrest und Dunkelzelle.

# Welche Freiheit meinen wir?

Von Bernd Lippmann

Als vor einiger Zeit 16-Jährige zu ihren Vorstellungen über Freiheit befragt wurden, enthielt keine der Antworten den Begriff Verantwortung. Auch fiel auf, daß keiner dieser Jugendlichen von „Einsicht in die Notwendigkeit“, der Freiheitsdefinition Hegels, sprach. Noch vor etwas mehr als 25 Jahren gab es in Deutschland eine Politik, in der die Definition von „Notwendigkeit“ ein Monopol in den Händen nicht-legitimierter Machthaber war. Wohl an diesem fundamentalen Begriff läßt sich am besten erkennen und zeigen, daß es zwei deutsche Sprachen gab und vielleicht sogar noch gibt. Fundamentale Begriffe wurden durch dieselben Wörter benannt, sie waren jedoch vielfach höchst gegensätzlich. Die Scheidelinie allerdings war nicht etwa zwischen Nord und Süd oder zwischen Ost und West, sondern zwischen den Ideologen der SED und den anderen Menschen – vor allem in der DDR. Wer dort unter Freiheit die Meinungs-, Bildungs- oder Reisefreiheit verstand, der riskierte Todesschüsse oder unmenschliche Haft. Dieser Zustand ist zwar glücklicherweise Vergangenheit, jedoch liegt es auch in den Händen der heute 16-Jährigen, daß dies so bleibt.

In der philosophischen Diskussion besteht zwar weithin Einigkeit darüber, daß Definitionen im Mittelpunkt jedweder Bewertung stehen. Allerdings kann man am Freiheitsbegriff sehen, daß gleich mehrere Teufel im Detail stecken. In der Philosophie stellt man „Freiheit von etwas“ der „Freiheit zu etwas“ gegenüber, man diskutiert also zwei Freiheitsbegriffe. Es ist die Frage, ob diese sich gegenseitig ergänzen oder gegensätzlich sind. Alles in allem ist der Freiheitsbegriff in letzter Konsequenz ein Paradoxon, einer der komplexesten Begriffe überhaupt. Stanisław Lec, der polnische Aphoristiker, sagt: „Erwarte nicht von einem, der einen Knebel im Munde hat, daß er dir das sagt.“

Ergänzen sich Freiheit und Gleichheit gegenseitig oder sind sie gegensätzlich? Vielen Menschen sind Gerechtigkeit und Gleichheit auf niederem Niveau lieber als Ungerechtigkeit und Ungleichheit auf hohem. Die Freiheit der Wölfe sei der Tod der Lämmer, so sagt man. Wildgewordene, entfesselte Märkte statt freier Wettbewerb sind potentiell der Tod der Demokratien. Wir sollten uns jedoch


davon lösen, daß etwa ausschließlich Kommunisten, Nazis, religiöse Fanatiker oder skrupellose Geschäftemacher die Freiheit bedrohen. Heute kommen die Verführungen durch soziale Diktaturen und vor allem durch eine neue Art von Fortschrittsgläubigkeit durch die Hintertür ungebeten ins Haus. Dies könnte in Wirklichkeit ein erster Schritt in die Vergangenheit sein, in die Knechtschaft durch diejenigen, die für die Menschen nur „das Beste“ wollen. Schon die Bezeichnung einer monopolhaft kontrollierbaren Einrichtung als „sozial“ läßt Schlimmes vermuten.

Wenn wir uns im Internet bewegen, dann werden wir ungebeten beobachtet. Alle, die mit Personendaten Geld verdienen, tragen dazu bei, uns zu entmündigen. Die Freiheit, wegzuklicken, könnte nur eine scheinbare sein. Realitätsverlust, wie es die Psychologen nennen, heißt die Gefahr. Paradox dabei ist, daß der Freiheitsliebende sich selbst der Freiheit berauben könnte. In der Perspektive resigniert das oben beschriebene Lamm. Um es wieder mit Lec zu sagen: „Nun bist du mit dem Kopf durch die Wand – was willst du in der Nachbarzelle?“

In der eingangs erwähnten Befragung von Schülern zum Thema „Freiheit“ bezog sich keine Antwort auf die Verwirklichung christlichen Glaubens als Ausdruck persönlicher Freiheit. Für Kinder und Jugendliche ist die Vorbildwirkung Erwachsener positiv oder negativ von großer Bedeutung. Für christliche Schüler ist die Orientierung an christlichen Lehrern, besonders aus dem mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich freiheitsstiftend. Es scheint nämlich fast als ungeschriebenes Gesetz zu gelten, daß zwischen naturwissenschaftlich-philosophischer Kenntnis und Erkenntnis einerseits und dem christlichen Glauben andererseits ein Widerspruch besteht. Es ist aber eine der wichtigsten Aufgaben etwa des Philosophieunterrichts zu zeigen, daß dies nicht der Fall ist – im übrigen unabhängig von der Art der Religion. Die Welt ist viel zu komplex, als daß ein Monopol der rein naturwissenschaftlichen Erklärung zu begründen wäre. Der Mensch sei zur Freiheit verurteilt, sagen Sartre und Camus. Auch zur Freiheit zu glauben. Woran? Das ist Privatsache, sagt der Autor.

## Zu wenig Geld für Aufarbeitung

(mz) Die Bundesstiftung Aufarbeitung muß wegen zu geringer Mittel 60 Prozent der Anträge abschlägig bescheiden, sagte Geschäftsführerin Dr. Anna Kaminsky der Nachrichtenagentur dpa. Die Zinseinnahmen seien stark gesunken, und das Vermögen der Stiftung dürfe nicht für Ausgaben verwendet werden. Einerseits steige das Interesse an Aufarbeitung, andererseits habe die Stiftung zu wenig Geld, um dieses Interesse zu fördern, stellte Kaminsky fest. Sie freue sich sehr, daß


aus dem Bundeshaushalt 500 000 Euro zusätzlich bereitgestellt wurden. „Ein befristeter fester Jahreszuschuß vom Bund“ wäre allerdings für die Planungssicherheit wünschenswert. Es gehe darum, die dezentrale Aufarbeitung zu stärken. In ländlichen Gebieten und in den westdeutschen Ländern solle das Informationsangebot verbessert werden. Die Auseinandersetzung mit der DDR-Diktatur müsse ein reguläres Thema im Schulunterricht und in der Lehre werden. 

## Weitere Studie zur Zwangsarbeit

(bmwi) Iris Glicke, die Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Länder und Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie, stellte am 22. Juni die Ergebnisse des von ihr initiierten Forschungsvorhabens „Die historische Aufarbeitung der Zwangsarbeit politischer Häftlinge im Strafvollzug der DDR“ vor.


Glicke wies darauf hin, daß für sie die weitere systematische Auseinandersetzung mit dem DDR-Unrecht und das Schließen von Forschungslücken ein wichtiges politisches Anliegen ist. Mit Blick auf die Ergebnisse der aktuellen Untersuchung stellte sie fest: „Im DDR-Knast geschah systematisch Unrecht, Menschenrechte wurden verletzt, und mit dem Ziel des ‚volkswirtschaftlichen Nutzens‘ wurden Menschen schamlos ausgebeutet.“

Das Leid der Betroffenen muß anerkannt werden, die Opfer verdienen unser Mitgefühl und unseren Respekt.“

Die Studie, die vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam erstellt wurde, hat keine wissenschaftlichen Belege dafür gefunden, daß politische Gefangene aufgrund zentraler Weisungen schlechter behandelt wurden als andere Gefangene. Im Vordergrund hätten die wirtschaftlichen Zwänge der maroden Volkswirtschaft gestanden. 

## Gedenkstättenlehrer bleiben

(pnn) Wie in der vorigen Ausgabe berichtet, plante die Brandenburger Landesregierung die Abschaffung von Gedenkstättenlehrern. Offenbar waren die Proteste sowie die Argumente dagegen so überzeugend, daß nun von einem solchen Schritt abgesehen wurde. „Es paßt auch nicht zusammen, auf der einen Seite Gedenktage einzuführen und auf der anderen die Gedenkstätten des Landes zu schröpfen. Erinnerungskultur und

Geschichtsbewußtsein lassen sich nicht zum Nulltarif entwickeln“, stellte CDU-Bildungsexperte Gordon Hoffmann fest. Der Abzug der Gedenkstätten- und Museumspädagogen war als Ausgleich für den Lehrermangel und den Unterrichtsausfall an Brandenburgs Schulen geplant. Nun würden Finanzmittel benötigt, um fehlende Stunden an den Schulen mit anderen Lehrkräften zu besetzen, sagte SPD-Bildungsminister Baaske. 

## Neue Themensammlung

(bstu) Während der deutschen Teilung errichtete die DDR auf knapp 1400 Kilometern Länge Grenzanlagen, die nach und nach zu einem Todesstreifen ausgebaut wurden. Über weitere 168 Kilometer erstreckte sich die Grenze um West-Berlin, ab 1961 mit der Berliner Mauer abgeriegelt. Eine neue Themensammlung in der Mediathek des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen zeigt anhand von Schulungsfilmern, Luftbildern, Berichten

und Befehlen, wie dieser „antifaschistische Schutzwall“ aussah und wie die Staatssicherheit in dessen Sicherung eingebunden war.

Unter [www.stasi-mediathek.de](http://www.stasi-mediathek.de) sind zahlreiche Akten, Videos, Fotos und Hörbeiträge aus den Archiven der Stasi-Unterlagen-Behörde ins Netz gestellt. Nutzer können thematisch und zeitlich in der Dokumentensammlung suchen oder mit einer Volltextsuche die Unterlagen finden. 

### Dokumentiert

## Resolution der Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge (IEDF)

Die IEDF fordert die Regierung der Bundesrepublik Deutschland auf, die seit mehr als 20 Jahren bestehende Diskriminierung der DDR-Altübersiedler zu beseitigen und die Rechtsstaatlichkeit wieder herzustellen.

Dem Bundestag und der Regierung sind die von der IEDF recherchierten Beweise zu dem bestehenden Unrecht hinreichend bekannt. Auf die von uns vorgelegten Fakten, z.B. im Positionspapier der IEDF, ist die Bundesregierung bisher nicht eingegangen. Die mehrfach geforderten Gespräche auf der Ebene von Entscheidungsträgern wurden uns verweigert. Die Bundesregierung verstößt u.a. gegen den 1. Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR vom 18. Mai 1990 – Artikel 20/7 und das Gesetz zum Staatsvertrag vom 18. Mai 1990 (WWSUG), Artikel 23, § 1.

Der einstimmig und quer durch alle Parteien gefaßte Beschluß des Petitionsausschusses vom Juni 2012 wird von der Bundesregierung negiert.

Gutachten von hochrangigen Sozialexperten und des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages bleiben unberücksichtigt. Wir stellen fest, daß die in der alten Bundesrepublik integrierten DDR-Altübersiedler ohne Legitimation durch den Gesetzgeber den Gesetzen zum Beitritt der DDR unterstellt worden sind. Diese Maßnahme verstößt gegen das Grundgesetz – und zwar gegen das Rückwirkungsverbot, das Eigentumsrecht und den Gleichheitsgrundsatz.

**Forderungen und Lösungsvorschlag der IEDF:** Wiederherstellung des Rechtszustandes, der zum Zeitpunkt der Übersiedelung bestanden hat. Das erfordert keine Gesetzesänderung, ist verfassungskonform und betrifft ausschließlich Altübersiedler aus der DDR.

Diese Resolution wurde auf der Mitgliederversammlung der IEDF vom 25. April beschlossen und hat die Zustimmung aller Mitglieder.

# Einmalige Auszahlung

## Zur Änderung des Häftlingshilfegesetzes

Wie bereits berichtet, beabsichtigt die Bundesregierung eine Änderung des Häftlingshilfegesetzes (HHG) dahingehend, daß die derzeit jährlich möglichen Unterstützungsleistungen nach § 18 HHG 2016 beendet und durch eine einmalige Abschlußzahlung ersetzt werden sollen. Laut Mitteilung der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge sind die auf einzelne Antragsteller entfallenden

der nach den zuletzt gezahlten Unterstützungen den Leistungen mehrerer Jahre entspricht. Mit diesem Betrag kann man vielleicht endlich einmal ein „großes Loch“ stopfen oder sich etwas leisten, was man sich schon lange gewünscht hat. Man kann den Betrag aber auch auf die hohe Kante legen. Im Gesetzentwurf ist dafür Sorge getragen, daß dieser Betrag weder als Einkommen noch als

gehörigen sind, ändert sich nichts, auch die HHG-Bescheinigung behält weiterhin ihre Gültigkeit.

Nach uns vorliegenden Informationen der Stiftung wird die von der UOKG im oben genannten Artikel geforderte doppelte so hohe Abschlußzahlung für die „Zivildeportierten“ aus den ehemaligen Ostgebieten wohl nicht Realität werden. Der Stiftungsrat hat in seiner Sitzung am 21. April 2015 mehrheitlich beschlossen, daß bei unverändertem Gesetzentwurf alle Opfergruppen einheitlich behandelt werden.

### Stiftung kein Auslaufmodell

„Egal wie ausführlich man informiert, es wird immer der Vorwurf kommen, daß man über bestimmte Änderungen nicht rechtzeitig informiert worden sei. Man sollte aber beachten, daß es sich um einen klar abgrenzbaren Bereich Betroffener im vorgerückten Alter handelt, von denen leider nicht alle die nächsten sechs Jahre Leistungen beziehen würden. Die höhere Einmalzahlung ist deshalb auch eine Würdigung der Opferschicksale.“

In den 1980er Jahren ist es in der DDR zu zahlreichen Haftstrafen unter 180 Tagen gekommen. Für diese ‚neue Generation‘ von Antragstellern – die oft erst beim Renteneintritt realisieren, wie es um ihre Rente bestellt ist – wird die Stiftung künftig oft der finanziell letzte Rettungsanker sein. Außerdem kann nur die Stiftung auch Ehepartnern von verstorbenen Beziehern der sogenannten Opferrente unter Umständen finanziell helfen. Gerade weil die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge viele niederschwellige Hilfsangebote bereithält, bedarf sie dringend jeglichen politischen Rückhalts. In ihrer praktischen Aufgabenbewältigung reagiert sie auf Defizite der Reha-Gesetze und nimmt Veränderungen in der Aufarbeitung konstruktiv auf.“

Lutz Rathenow, Sächsischer Landesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen

Unterstützungsleistungen in den letzten Jahren aus einer Vielzahl von Gründen stetig gesunken – bis auf wenige Ausnahmen auf aktuell 500 Euro jährlich. 70 Jahre nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges sind die Empfänger dieser Leistungen im Durchschnitt über 80 Jahre alt. Die geplante Abschlußzahlung ist aus Sicht des Gesetzgebers nochmals eine besondere Würdigung und Anerkennung des schweren Kriegsfolgenschicksals der sogenannten Erlebnissgeneration.

Durch die vom Bund zusätzlich bereitgestellten Mittel wird diese Einmalzahlung deutlich höher als die bisherigen Unterstützungsleistungen ausfallen. Nach derzeitigem Stand sollen diese bis zu 3000 Euro betragen. Dadurch steht den Opfern einmalig ein hoher Betrag zur Verfügung,

Vermögen auf andere soziale Ausgleichsleistungen angerechnet werden darf (z.B. Heimkosten, Hartz IV).

Weil der Artikel in Ausgabe 4/2015, S. 3., zu heißen Telefonleitungen besonders hinsichtlich des Kreises der Berechtigten geführt hat, hier noch einige Ausführungen dazu. Die Änderung des HHG betrifft ausschließlich Personen, die nach dem Zweiten Weltkrieg außerhalb des Gebietes der SBZ/DDR in Gewahrsam geraten sind und Leistungen nach § 18 HHG erhalten. Dazu zählen besonders die „Zivildeportierten“ (aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten und polnischen Lagern), Rumäniendeutsche sowie rußlanddeutsche Opfer, die in das Deutsche Reich zwangsumgesiedelt bzw. evakuiert wurden oder geflohen waren und nach Rußland zurückverschleppt wurden.

Für alle anderen ehemaligen politischen Häftlinge der SBZ/DDR bzw. deren Hinterbliebene, die im Besitz einer Bescheinigung nach § 10 Abs. 4 HHG und/oder einer strafrechtlichen Rehabilitierung für sich selber oder für ihre verstorbenen An-

Des weiteren informiert die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge darüber, daß seit Jahresbeginn alle betroffenen Antragsteller mit ihren Bewilligungsbescheiden ein Informationsblatt über die anstehenden Änderungen erhalten. Anträge auf die Abschlußzahlung sollten unabhängig vom Zeitpunkt der bisherigen Bewilligungen frühestens ab Januar 2016 eingereicht werden, weil sie andernfalls aktuelle Einkommensnachweise usw. nochmals anfordern müßte.

In der ersten Jahreshälfte 2016 wird die Stiftung bis zum Stichtag 30. Juni keine Leistungen nach § 18 HHG auszahlen. Da manche in der Vergangenheit z.B. stets im April, andere üblicherweise erst im September Geld erhalten haben, wird durch diese Bewilligungspause eine Gleichbehandlung aller Berechtigter im Abschlußjahr erreicht.

Betroffene mit nach dem Stichtag noch offenen Anerkennungsverfahren bei den Landesbehörden erleiden durch die Regelung ebenfalls keinen Nachteil; die Auszahlung kann notfalls auch noch nach Jahresende erfolgen.

Weitere Informationen unter Telefon (030) 55 49 63 34.

Elke Weise, Juristin  
BSV-Förderverein für Beratungen

### Da lacht der Klassenfeind

„Die M. ist Mitglied unserer Partei, lehnt jedoch die entwickelte sozialistische Gesellschaft ab. Sie ist für Lenin und den Kommunismus.“

(aus einem IM-Bericht)

### Richtigstellung

Leider hat sich in Ausgabe 5/2015, Seite 4, unter „Wichtig“, ein Fehler eingeschlichen. Die bescheinigte Verfolgungszeit muß nicht *mindestens* drei Jahre betragen haben, sondern *mehr als* drei Jahre.

E.Weise

## Zwei Schicksale in Korea

Es war zu Beginn des nordkoreanischen Kriegsüberfalls auf den Süden im Sommer 1950, als der Nord-Koreaner Kim Myeong-buk mit seinen knapp 15 Jahren zur „Volksbefreiungsarmee“ eingezogen und an die Front gegen die Süd-Koreaner und die UN-Truppen geworfen wurde. Schon nach einem Monat geriet er in deren Gefangenschaft, die nach seinen Erinnerungen recht unschön war – hatte man dort doch nicht unberechtigte Befürchtungen vor auf diese Weise eingeschleusten Spionen des kommunistischen Nordens. Nach dem Waffenstillstand 1953 konnten die Kriegsgefangenen beider Seiten sich entscheiden, in welchen Teil der Halbinsel sie entlassen werden wollten. Manche in den südkoreanischen Lagern wünschten, zurück in ihre Heimat im Norden zu gehen. Wie man inzwischen weiß, wurden nicht wenige von ihnen (wie bei Stalin 1945) als „Verräter“ erschossen, andere kamen in ein Straf-lager. Seriöse Quellen vermuten, heute

würde kaum noch ein Dutzend der in der offiziellen Geschichte Pjöngjangs Totgeschwiegenen leben.

Kim war daheim sehr religiös erzogen worden. Als er erfuhr, seine geliebte Kirche sei von den Kommunisten absichtlich zerstört worden, wollte er nicht in den Norden zurück. Zudem gab es keinerlei Kontakt mehr zu seinen Angehörigen, hatte Pjöngjang doch bereits 1948 – bis heute! – jeden Postverkehr über den 38. Breitengrad eingestellt. Andererseits war der Süden Koreas damals von Kriegsfolgen, großer Armut und Korruption gekennzeichnet. Sechs Jahre später konnte Kim Myeong-buk mit 76 anderen ehemaligen Kriegsgefangenen auswandern. Anfangs kamen sie nach Indien, um dann als billigste Arbeitskräfte nach Brasilien abgeschoben zu werden. Einer seiner Schicksalsgefährten, der heute 86 Jahre alt ist, fand damals bald einen guten Job in San Francisco.

Jetzt, an ihrem Lebensabend, möchten er und der fast 80jährige Kim gerne noch einmal ihre Heimat wiedersehen. Ob sie ein entsprechendes Gesuch an die nordkoreanischen Behörden richteten, ist nicht bekannt. Kim mit seinem zerfurchten Gesicht jedenfalls sieht man oft an der innerkoreanischen Demarkationslinie mit ihrer berühmten „Brücke ohne Wiederkehr“, doch wird ihm das Betreten der „Demokratischen Volksrepublik Korea“ bisher verweigert.

Allmählich erkennt wohl auch er, daß er seine alte Heimat niemals wiedersehen darf. Diktator Kim Jong-un, der selber nie Soldat war, wird ihnen beiden gewiß nicht verzeihen, daß sie sich vor 65 Jahren von den Süd-Koreanern gefangennehmen ließen und später nicht in das kommunistische „Paradies“ zurückkehrten. Doch hätten sie sich damals für jenen Weg entschieden, wären sie wahrscheinlich längst nicht mehr am Leben.

Friedrich-Wilhelm Schlomann

## Nord-Korea vor erneuter Hungersnot?

Angesichts einer langanhaltenden Dürre muß Pjöngjang in etlichen Landesteilen mit einer schlechten Ernte in diesem Jahr rechnen. Nach Untersuchungen des UN-Welternährungsprogramms ist mit einem Rückgang der ohnehin mangelhaften Produktion von Nahrungsmitteln um 20 Prozent zu rechnen. Bereits jetzt

sind über 41 Prozent der dortigen Bevölkerung unterernährt. Wörtlich heißt es im Bericht der UN-Organisation: „Nirgendwo hungern mehr Menschen.“ Ausdrücklich wird vor einer neuen Hungersnot gewarnt. Ein starkes Indiz für die Lage war schon Mitte April auszumachen: Bisher hatten die Menschen in

Nord-Korea anlässlich des Geburtstages ihres ersten Diktator Kim Il-sung stets besondere Lebensmittel-Zuteilungen erhalten. Trotz aller üblichen Feierlichkeiten gab es sie in diesem Jahr erstmals nicht.

F.W. Schlomann

## Unverminderte Gewalt gegen Bürgerrechtler

(igfm)Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) hatte an Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier appelliert, bei seinem Besuch in Havanna ein deutliches Zeichen für die Menschenrechte zu setzen. Dazu gehöre auch die Begegnung mit Angehörigen der Demokratiebewegung. Die IGFM verwies auf 563 politische Verhaftungen in Kuba allein im Juni. Trotz einzelner Reformsignale seien außer der Regierungspartei alle Parteien verboten, ebenso unabhängige Gewerkschaften und alle einheimischen Tageszeitungen – mit Ausnahme der „Granma“, dem Parteiorgan der seit über 50 Jahren allein regierenden kommunistischen Partei Kubas.

Die Regierung Castro verweigere den Kubanern fundamentale Menschenrechte wie Informations-, Presse-, Meinungs- und Vereinigungsfreiheit. Selbst der Zu-

gang zum Internet sei noch immer de facto für fast alle Kubaner unmöglich. Gleichzeitig halte das kubanische Regime Bürgerrechtler und Andersdenkende über Jahre ohne rechtsstaatliches Verfahren – oder ganz ohne Prozeß – gefangen.

IGFM-Vorstandssprecher Martin Lessenthin erklärte: „General Raúl Castro hat sich, seitdem er die Macht von seinem Bruder Fidel übernommen hat, in den vergangenen Jahren medienwirksam zu den Menschenrechten bekannt. Doch die winzigen Reförmchen in dieser Zeit sind mehr als dürftig geblieben. Es ist höchste Zeit, daß die kubanische Regierung ihre vertraglichen Verpflichtungen endlich einhält. Diese Taten müssen eingefordert werden.“

Am 12. Juli 2015 wurden im Vorfeld des Steinmeier-Besuchs in ganz Kuba 120

„Damen in Weiß“ verhaftet, um Protestmärsche der Bürgerrechtlerinnen zu verhindern. Die meisten Verhaftungen fanden in der kubanischen Hauptstadt statt, wo sich die Frauen jeden Sonntag in der Kirche Santa Rita de Casia treffen, um für die Freilassung aller politischen Gefangenen zu beten. In den Morgenstunden wurden mindestens 20 „Damen in Weiß“ in Havanna daran gehindert, ihre Häuser zu verlassen, damit sie nicht an der Sonntagsmesse und an den Protestmärschen teilnehmen konnten.

### Umzug?

Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.

## Die letzten Zeugen

### Jahrestagung der Lagergemeinschaft Workuta/GULag Sowjetunion

„Tore zur Freiheit. Vor 60 Jahren: Rückkehr aus sowjetischer Haft 1955. Vor 25 Jahren: Die Wiedervereinigung Deutschlands 1990“ – unter dieser Überschrift stand die Jahrestagung der Lagergemeinschaft Workuta/GULag Sowjetunion, die vom 5. bis 7. Juni 2015 in Magdeburg stattfand. Hier versammelten sich Frauen und Männer, die in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und späteren DDR bis Mitte der 1950er Jahre als Zivilisten aus politischen Gründen von sowjetischen Militärtribunalen zu hohen Strafen verurteilt wurden und ihre Haft in der Sowjetunion verbüßen mußten. Das hieß nach physischer und psychischer Folter in der Untersuchungshaft eine menschenverachtende Zwangsarbeit in der Straflagerregion Workuta am Polarkreis oder in den sibirischen Lagern.

Zu den rund 75 Teilnehmenden der Veranstaltung gehörten neben den ehemaligen Häftlingen auch nahe Angehörige, wie Lebenspartner und Kinder. Allen gemeinsam ist der Wunsch, dieses Kapitel deutscher Geschichte nicht in Vergessenheit geraten zu lassen und deutlich zu machen, daß die Bewahrung der Freiheit und Rechtsstaatlichkeit für den Erhalt der demokratischen Gesellschaft unverzichtbar ist.

Thema der diesjährigen Tagung war die Rückkehr vieler ehemaliger politischer Häftlinge 1955 aus der Sowjetunion und die Wiedervereinigung Deutschlands 1990. 1955/56 wurde das Grenzdurchgangslager Friedland (Niedersachsen)

nach den Bemühungen des Bundeskanzlers Konrad Adenauer für die meisten von ihnen neben den rückkehrenden Kriegsgefangenen ein Tor zur Freiheit. Es vermittelte ihnen das Gefühl, den Armen der sowjetischen Geheimpolizei endgültig entronnen zu sein. Klaus Bittner, zuständiger Referent im Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport, berichtete über die Geschichte des Lagers und

**„Wozu?  
...wozu Vergangenes  
Aufwählen?... ,An Vergangenen  
rühren – ein Auge verlieren!“**

Das Sprichwort stimmt, allein sie verschweigen, wie es zu Ende geht: ‚Vergangenes vergessen – beide Augen verlieren!‘“

Alexander Solschenizyn

seine Bedeutung bis in die Gegenwart. Der Film „Aufbruch, Ankunft, Neubeginn. Grenzdurchgangslager Friedland“ rief mit seinen historischen Fotos eigene Erinnerungen bei den ehemaligen Häftlingen wach. Vielen von ihnen klingt die Friedlandglocke noch heute im Ohr. Unvergessen sind die Schwierigkeiten, nach langer Haft in fremder Umgebung im zivilen Leben wieder Fuß zu fassen. Die Jahre 1989/1990 bedeuteten für sie, daß sie sich nach vielen Jahren der Trennung endlich grenzüberschreitend als Haftkameraden wieder begegnen konnten. Die seitdem stattfindenden Jahrestagungen bieten die Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch und zur Diskussion über die Aufarbeitung kommunistischer Gewaltherrschaft.

„Freiheit braucht Verantwortung“. Das betonte die aus Merseburg stammende Bundesbildungsministerin Prof. Dr. Johanna Wanka in ihrem Vortrag zum Auftakt der Jahrestagung. Sie verwies darauf, daß Bildung mehr ist als eine Anhäufung von Wissen, sie sollte die Vermittlung von Erfahrungen und die Verdeutlichung politischer Prozesse beinhalten. Die Übernahme von Verantwortung eines jeden Menschen sei neben den im Grundgesetz beschriebenen Werten und einer alle verbindenden Moral ein Garant für Freiheit. Landtagspräsident Detlef Gürth hieß die Tagungsteilnehmenden in Sachsen-Anhalt willkommen und betonte in seinem sehr persönlichen Grußwort die Unan-

astbarkeit der Würde des Menschen. Er wies auf die Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit diesem Teil deutscher Geschichte für die Existenz von Toleranz und Solidarität in unserer Gesellschaft hin.

Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff dankte den ehemaligen Häftlingen für ihr Engagement als Zeitzeuginnen und Zeitzeugen und würdigte sie als unentbehrliche Chronisten der Geschichte. Er nahm sich viel Zeit für die Fragen der Teilnehmenden. Dazu gehörte die Anregung eines Mithäftlings, den ehemaligen Landesbediensteten und Juristen Dr. Joachim Anders aus Schkopau, der 1947 verhaftet und 1949 wegen angeblicher Spionage zu 25 Jahren Besserungsarbeitslager verurteilt wurde, zu würdigen. Er starb im Mai 1952 im Lagerkomplex Taischet (Sibirien) an Schußverletzungen, nachdem er versehentlich die Grenze des Arbeitsbereiches seiner Baumfällerbrigade überschritten hatte. Die Familie erfuhr durch Mithäftlinge von seinem Tod und floh anschließend aus der DDR in die Bundesrepublik. Die Rehabilitierung Dr. Anders' durch die Russische Föderation erfolgte 1993. Noch heute pflegen Einwohner der Region Irkutsk sein Grab. Ein anderes Thema waren die schweren Arbeitsbedingungen damals unter extremen klimatischen Bedingungen und ihre bis heute andauernden gesundheitlichen Folgeschäden. Die versorgungsrechtliche Anerkennung liegt im Durchschnitt nur bei 10 Prozent. Eine der Ursachen für die geringe Quote ist in der gesetzlichen Grundlage begründet. Die Anträge werden nach dem Bundesversorgungsgesetz beschieden. Dort muß die Herkunft der Beschwerden aus der Haftzeit zweifelsfrei nachgewiesen werden. Das ist nach 60 und mehr Jahren aus verschiedenen Gründen kaum mehr möglich. Die ehemaligen Häftlinge fordern deshalb analog zu den Opfern des Nationalsozialismus, die unter ähnlichen Haftbedingungen zu leiden hatten, eine Überführung in das Bundesentschädigungsgesetz. Hier wird ein Gesundheitsschaden nach einer Haftzeit von mehr als einem halben Jahr als ursächlich in den Bedingungen der Haft vorausgesetzt.

Wie nah den Betroffenen die Erinnerung an die Leidenszeit auch heute noch geht, zeigte sich bei der Präsentation der Dokumentation „Die letzten Zeugen des



Horst Schüler, Sprecher der Lagergemeinschaft, bei der Gedenkminute im Hof der Gedenkstätte.

GULags“ (Regie: Dean Cáceres und Lars Henze), die unter anderem den 90jährigen Sprecher der Lagergemeinschaft Horst Schüler zu Wort kommen ließ. Der Film zeigte neben den deutschen auch viele russische Leidensgenossen und machte deutlich, daß diese Schreckensgeschichte, die mit Lenin ihren Anfang nahm, in der europäischen Gedächtniskultur unbedingt einen Platz haben muß. Er löste bei den Zuschauenden eine große Betroffenheit aus, die manchem die Tränen in die Augen trieb. Sehr deutlich wurde, daß es nicht selbstverständlich ist und sie viel Kraft kostet, wenn die ehemaligen Häftlinge über ihre Erfahrungen sprechen. Daß sie es trotzdem immer wieder tun, ist nicht hoch genug einzuschätzen und wird oft noch zu wenig gewürdigt. Durch zahlreiche Veröffentlichungen haben sie immer wieder auf ihr Schicksal und dessen Hintergründe aufmerksam gemacht. Diesmal stellte Prof. Dr. Werner Gumpel seine Biographie „Workuta – Die Stadt der lebenden Toten. Ein Augenzeugenbericht“, erschienen 2015 im Universitätsverlag Leipzig, vor. Als Student war er wegen oppositionellen Verhaltens 1950 in Leipzig zu 25 Jahren Besserungs-Arbeitslager verurteilt worden und kam anschließend nach Workuta.

Der Direktor der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt, Dr. Kai Langer, lobte in seinem Grußwort den Einsatz von Angehörigen der Lagergemeinschaft, wie zum Beispiel Dr. Horst Hennig, für den Aufbau der Gedenkstätte „Roter Ochse“ Halle (Saale) und ihren Beitrag als Zeitzeugen. In diesem Jahr besuchten die Tagungsteilnehmenden die Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg und gedachten dort in einer Schweigeminute der Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft, nachdem sie durch die Leiterin des Dokumentationszentrums des Bürgerkomitees, Ute Gramm, in die Geschichte der Gedenkstätte eingeführt wurden und Gelegenheit hatten, die Dauerausstellung zu besichtigen. Seit 1990 widmen sich sowohl das Bürgerkomitee Magdeburg als auch die Gedenkstätte der sowjetischen Repression als einem wichtigen Schwerpunkt ihrer Arbeit. Das Bürgerkomitee präsentierte immer wieder unter Mitwirkung von Zeitzeugen, auch Angehörigen der Lagergemeinschaft, Ausstellungen und Dokumentarfilme zum Thema, wie z.B. zu den sowjetischen Speziallagern in der SBZ und zu Strafarbeitslagern wie Workuta.

Die Vorbereitung und Durchführung der diesjährigen Jahrestagung wurden von der Landesbeauftragten für Mecklen-

burg-Vorpommern für die Stasi-Unterlagen, Anne Drescher, die sich seit vielen Jahren den durch die Sowjetmacht Repressierten widmet, und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur gefördert. Die Vereinigung der Opfer des Stalinismus in Sachsen-Anhalt e.V. und das Bürgerkomitee Magdeburg e.V. unterstützten die Veranstaltung logistisch. Organisiert wurde sie von Edda Ahrberg, der ehemaligen Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Sachsen-Anhalt, die auch die Lagergemeinschaft im Gedenkstättenbeirat Sachsen-Anhalt vertritt.

Die Mitglieder der Lagergemeinschaft Workuta/GULag Sowjetunion sind bereit, sich der Verantwortung für den Erhalt von Freiheit und Demokratie zu stellen. Die Tatsache, daß sich neben einer Bundesministerin der Landtagspräsident und der Ministerpräsident trotz ihres engen Terminkalenders Zeit nahmen, sie willkommen zu heißen und ihnen zuzuhören, schätzen sie hoch ein.



Besuch der Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg.

Angesichts ihres fortgeschrittenen Alters versuchen sie, ihre Erfahrungen und ihr Wissen den nachkommenden Generationen zu vermitteln. Die konkrete Umsetzung wird eines der Themen sein, die bei dem Treffen im Juni des kommenden Jahres in Schwerin auf der Tagesordnung stehen. Während der diesjährigen Veranstaltung beschlossen die Kinder ehemaliger Häftlinge, zu denen auch die Hinterbliebenen von zum Tode Verurteilten gehören, in Verbindung zu bleiben und ihre eigenen Erfahrungen als „zweite Generation“ in die Lagergemeinschaft einzubringen. Einen Anfang machte Stefan Krikowski mit der Einrichtung und Pflege der Internetseite [www.workuta.de](http://www.workuta.de).

Edda Ahrberg, Anne Drescher

## Das Straflager-Regime des GULag

In den sogenannten IT-Lager (Ispravitelno Trudovije Lagerja, dt. Arbeits-Besserungslager) herrschten sechs Regime-Grade. Diese reichten von leichten Formen bis zu den härtesten, schwersten Haftbedingungen. Die Grade 1, 2, 3 und 4 wurden in der Regel bereits im Urteil festgelegt, 4, 5 und 6 konnten als Disziplinarmaßnahmen angeordnet werden.

1. Gelockertes Regime – ausschließlich Kriminelle mit guter Führung, deren Reststrafe drei Jahre und weniger betrug; z.B. Arbeitsweg ohne Bewachung
2. Normales Regime – überwiegend Kriminelle, weniger Politische mit Strafen bis zu 10 Jahren, selten mit höheren; z.B. Arbeitsweg mit Bewachung und Leibesvisitationen
3. Strenges Regime – fast ausschließlich Politische mit Strafen von 10 bis 25 Jahren; maßgeblich war die „Gefährlichkeit“ des Gefangenen für das sowjetische System; z.B. vergitterte Fenster, schärfere Bewachung
4. Verschärftes Regime – aufgrund von Gerichtsurteilen oder wegen des Vorwurfs von Disziplinar- bzw. Strafdelikten; z.B. sind die Baracken Tag und Nacht verschlossen, herabgesetzte Verpflegung, mangelhaftere Kleidung, längere Arbeitszeit und schwerste Arbeit
5. Katorgan-Regime – aufgrund von Gerichtsurteilen oder auf Verfügung höherer Verwaltungsebenen der IT-Lager wegen schwerer Vergehen; z.B. noch schlechtere Bedingungen, Häftlinge wurden aneinandergekettet zur Arbeit geführt
6. Isolator-Regime – „Absonderung“ der Gefangenen in Zellen, wenn ein neues Strafverfahren gegen sie eingeleitet wurde oder bei dem Vorwurf schwerster bzw. wiederholter Vergehen

(Quelle: Eva Donga-Sylvester, Günter Czernetzky, Hildegard Toma Hg., Ihr verreckt hier bei ehrlicher Arbeit! Deutsche im GULag 1936-1956)

## Lernen hinter Gittern

2013 hatten wir die Leser aufgerufen, uns Erfahrungsberichte über ihr „Lernen hinter Gittern“ zu schicken. Eine beachtliche Zahl an Zuschriften ging ein. Die Berichte sind aus verschiedenen Lagern, Gefängnissen und Zeiten. Und sie handeln von den „Universitäten“ des Lebens in Haft. Für die meisten ehemaligen Häftlinge sind es unverzichtbare Erfahrungen, die wir hier in loser Abfolge veröffentlichen werden.

### Goethe in Bautzen

Mein Mann Horst Kirchner (Journalist) war zehn Jahre in Torgau und Bautzen als Strafgefangener, verurteilt wegen angeblicher Spionage und antisowjetischer Propaganda zu 20 Jahren. Ich als Ehefrau wurde einfach mit verhaftet. Wir waren gerade ein Vierteljahr verheiratet, und ich war schwanger. Ich war vier Jahre als In-



Baracke mit selbstgebauter Weihnachtskrippe. (Künstler unbekannt)

ternierte in Hohenschönhausen und Sachsenhausen und habe dort unsere Tochter Barbara geboren. 1950 wurde ich mit ihr (dreieinhalb Jahre alt) entlassen.

Mein Mann hat mir mehrfach erzählt, daß sie in Bautzen, wo sie in Sälen untergebracht waren, meist im Lazarett, Gruppen hatten, in denen Vortragende den wissensdurstigen Zuhörern von ihren jeweiligen Berufen oder Hobbygebieten berichteten. Das waren Juristen, Offiziere, Techniker, Lehrer usw. Vor allem junge Kameraden waren stets gute Zuhörer und beteiligten sich rege an den anschließenden Fragestunden. Mein Mann sprach über Journalismus, aber mehr noch über klassische Literatur, die er sehr liebte, so auch über Goethe, von dessen „Faust“ er ganze Teile auswendig deklamieren konnte. Deshalb, und weil er mit seiner hohen Stirn Goethe ähnlich sah, hieß er in Bautzen einfach „Goethe“.

Aus dieser Tatsache ergab sich folgende Geschichte kurz nach seiner Entlassung 1956: Ich studierte zu der Zeit in Bonn Pharmazie und er war natürlich bei mir, auch um in Bonn wieder Anschluß an die Presse zu bekommen. Wir aßen mittags in der Mensa (den Eintopf für 90 Pfennig, mehr konnten wir nicht ausgeben). Als wir eines Mittags im vollen Speisesaal mit unseren Suppentellern zu einem Tisch liefen, tönte es laut aus der hintersten Ecke: „Mensch, das ist doch Goethe!“ Alle Studenten drehten sich erstaunt um, wo den Goethe erschienen sein könnte. Es war der Kamerad Hartmut W., der ebenfalls hier studierte. Es gab ein herzliches Wiedersehen, und so entstand zwischen der Familie W. und anderen Kameraden und deren Familien, die wir mehr oder weniger zufällig trafen, ein wertvoller Freundeskreis, der bis zum Tode hielt. Der letzte starb 2012. Jeder half selbstverständlich jedem, und es gab immer etwas zu helfen bei jungen Familien, die alle mit nichts anfangen mußten.

Mein Mann erzählte, daß auch er Dinge gelernt habe von anderen Kameraden, die er sonst nicht erfahren hätte. Wir Frauen hatten in Sachsenhausen natürlich ebenfalls diese Lern-Kreise, und ich habe dort Muster- und Strümpfstricken gelernt, obwohl immer das Problem bestand, Wolle zu bekommen.

Alte Pullis wurden x-mal aufgetrennt und neu gestrickt. Die Stricknadeln wurden von den Männern aus Fahrradspächen, die Nähadeln aus Draht gefertigt, die wir dann für Brot kauften. Wichtig war für uns auch ein Singkreis, der über all die Jahre geholfen hat, die dunkelsten Stunden zu überwinden.

Christa-Maria Kirchner, Salzburg

### „Vorstudiengang“ im GULag

Unser Zweifamilienhaus in der Kaulsdorfer Straße Nr.180 (heute Nr. 178) lag in einem zunächst von der Roten Armee besetzten Wohngebiet, das aber Anfang Juni 1945 wieder geräumt worden war. So wohnten wir seit wenigen Tagen wieder zu Hause. Am 13. Juni 1945 wollte ich vor der Schule noch beim Radiogeschäft Kieper vorbeigehen, in dem ich seit etwa

einer Woche Radios reparierte. Meine Mutter weckte mich daher, wie besprochen, ziemlich früh und zog die Rolläden herauf. Dabei sah sie, wie drei sowjetische Soldaten auf unser Haus zugingen und zu verstehen gaben, wir sollten aufmachen. Mein Vater ging hinaus, und ein Soldat erklärte ihm, sie suchten eine Straße in der Nähe, jemand solle sie dahin führen. Mein Vater war bereit mitzugehen, der Soldat bestand jedoch darauf, daß er seinen Sohn schicke. Er meinte, ich brauche außer dem Anzug nichts weiter anzuziehen, ich sei ja gleich wieder zurück. Der zweite Soldat stand inzwischen an unserer Haustür und wartete auf mich. Meinem Vater kam die Sache sehr komisch vor, doch was sollte er machen?

Draußen war keine Rede mehr von einer Straßensuche, sie führten mich etwa 150 m weiter bis zur nächsten Querstraße. Auf dem Wege dahin drehte ich mich noch einmal um und sah meinen Vater an der Gartenpforte stehend mir nachschauen. Sein Gesicht war aschgrau, es drückte eine dunkle Ahnung aus. Ich habe meinen Vater nie wieder gesehen, aber seinen Gesichtsausdruck werde ich nicht mehr vergessen.

Ich wurde auf einen Lastwagen verladen, nach Berlin-Johannisthal gebracht und dort in einen Keller gesperrt. In der nächsten Zeit gab es dauernd Verhöre. Ich wurde beschuldigt, dem „Werwolf“ anzugehören. Der Vernehmungsoffizier klagte mich beliebiger, aus der Luft gegriffener Vergehen an: ich hätte „Sabotage“ begangen, würde einer „Bande“ angehören, ein „Wehrwolf“ sein usw. Bald wurde mir klar, daß ich aus dieser Lage wohl nie wieder herauskommen würde und ich Schule und Studium abschreiben müßte. Für mich war mein Leben zu Ende, ich fiel in eine tiefe Depression und bekam Weinkrämpfe.

In meiner Zeit am Gymnasium war ich fest davon ausgegangen, daß ich Elektrotechnik studieren würde, und habe von einem möglichen Dokortitel geträumt: „Dr. Ing.“ sollte einmal auf meiner Visitenkarte stehen. Aus und vorbei! So wie ich es ahnte, kam es auch. Ich wurde zu 15 Jahren Lagerhaft verurteilt – keine Aussicht mehr auf weitere Bildung. Es folgten Jahre, in denen man nur darüber nachdachte, wie man den nächsten Tag lebendig erleben könnte. Harte Arbeit und unmenschliche Verhältnisse kosteten etwa ein Drittel von uns das Leben. Lernen? Ich lernte nicht Elektrotechnik, ich lernte das Überleben.



1948 brachte man uns in den Straflagerbezirk Potma. Dieser Lagerbereich war als „Regimestraflager“ mit einem härteren „Regime“ für politische Strafgefangene ausgelegt. Das bedeutete, die Bedingungen des Strafvollzuges wurden, anders als bei kriminellen Gefangenen, verschärft. Zusätzlich zum doppelten Stacheldrahtzaun wurde das Lager außerdem von einem ca. 4 Meter hohen Palisadenzaun umschlossen. Sicht nach draußen war nun nicht mehr möglich. Die Wachmannschaften gehörten zum NKWD, es gab auch keine Bewachung von Arbeitsbrigaden durch freigelassene ehemalige kriminelle Sträflinge mehr. Frauen wurden nicht mehr in einem separaten Teil des Lagers untergebracht, sie kamen in spezielle Frauenlager, in denen es keine Männer gab.

In diesem Lager hatte ich das einmalige Glück, als Elektriker arbeiten zu können. Nach einer arbeitsreichen Anfangszeit waren alle Geräte und das Leitungsnetz in Ordnung gebracht, nun es gab für mich wenig zu tun. Oft half ich unseren Mechanikern bei der Wartung und Reparatur des Gasmotors.

Da unser Lager ein Invalidenlager war, hatten die meisten Insassen keine Arbeit. Eines Tages lernte ich einen lettischen Ingenieur der Hochfrequenztechnik kennen, der gut deutsch sprach. So gerieten wir bald ins Fachsimpeln und ich erzählte ihm von meinem verpaßten Studium. Er bot an, mir die Grundlagen der Hochfrequenz beizubringen, ich willigte begeistert ein. Als erstes, sagte er, brauchen wir Rechenhilfsmittel. Er wollte eine 3stellige Logarithmentafel berechnen. Meine Aufgabe wurde es, alle Winkelfunktionen zu erstellen. Nach einer Woche waren wir fertig und der Unterricht konnte beginnen. Jetzt saßen wir jeden Tag in der Elektrostation, und er weihte mich in die Physik der Hochfrequenz-erzeugung ein. Ich konnte genügend Papier besorgen, und so zeichnete ich Schaltungen von Röhrendern auf und lernte den Unterschied zwischen A-, AB-, B- und C-Betrieb. Weiter ging es mit der Modulation, dem Anpassen an den Antennenwiderstand usw. Leider schickte man meinen Lehrer nach einigen Wochen auf „Etappe“, das heißt in ein anderes Lager, und es war aus mit meinem privaten Studium.

Wenig später hörte ich, daß der „Chef“ der Trockenkammern ein Buch über die Konstruktion von Elektromotoren hätte. Das interessierte mich sehr. Ich hätte es gerne durchgearbeitet. Einige Tage lang überlegte ich, wie ich ihn dazu bewegen könnte, mir das Buch zu leihen. Ein sol-

ches Buch war im Lager ein seltener Besitz und immer in Gefahr, daß ein Wachmann es einem abnahm. Außerdem war der Besitzer des Buches Jude und wahrscheinlich auf einen Deutschen nicht gut zu sprechen. Schließlich nahm ich meinen Mut zusammen, ging einfach zu ihm und erklärte, daß ich sein Buch sehr gerne lesen würde. Er sah mich prüfend an, stand nach kurzem Zögern auf und brachte mir wortlos das Buch. Ich konnte es kaum fassen. Überglücklich bedankte ich mich bei ihm, versprach das Buch gut zu behandeln und ging zurück in mein Reich. In dem Buch gab es neben den Erklärungen der verschiedenen Wickelarten viele Zeichnungen. Nun saß ich stundenlang am Tisch, schrieb Texte in russisch ab und zeichnete die Wickelmuster auf. Darüber vergaß ich fast, daß ich als Gefangener in einem Konzentrationslager saß. Nach Wochen brachte ich das Buch meinem Gönner zurück und bedankte mich vielmals.

Es gelang mir, meine Aufzeichnungen bei der Verlegung in andere Lager immer wieder mitzunehmen, wengleich unter den dort herrschenden Arbeitsbedingungen keine Muße mehr für weitere Studien blieb. Leider hat man mir vor dem Rücktransport nach Deutschland sämtliches Papier weggenommen. Ich habe das sehr bedauert, solche selbsterstellten Unterlagen sind ein hervorragendes Mittel, um sich später wieder in ein Fachgebiet einzuarbeiten.

Ulrich Schmidt, Hamburg  
(Ulrich Schmidt hat Mitte der 1950er Jahre im Westen an einer Ingenieurschule studiert.)

## Als Assistenzarzt in Haft

Ich war bei meiner Verhaftung am 13. November 1961 durch das MfS 25 Jahre alt und als Pflichtassistent im ersten Jahr nach dem Staatsexamen in Berlin-Buch auf einer chirurgischen Station tätig. Im Mai 1962 kam ich nach Bautzen I. Dort war ich nach einer Zeit der „Beobachtung“ bei den Sanis in der Ambulanz auf Station 2, später als Arzt im Haftkrankenhaus auf der Chirurgie eingesetzt. Fachlich unterstand ich Hauptmann Dr. Böhme, der in der Ausbildung zum Facharzt für Chirurgie war. Aus Löbau kam Dr. Langer, ein Chirurg, um die schwierigeren Operationen auszuführen.



Bildstickerei von Erich Grebe (vermutlich Bautzen).

Er war menschlich sehr nett und ließ zum Beispiel für uns Strafgefangene einen Teil seiner belegten Brote liegen. Mich behandelte er sehr kollegial. Oft machte ich die Anästhesie, dazu hatte der Hauptmann mir ein Buch über moderne Narkose gegeben. Auf der Inneren Station war der Strafgefangene Dr. Strödel eingesetzt, er war Facharzt für Lungenkrankheiten und Thoraxchirurgie, Verdienter Arzt des Volkes und Leiter einer Lungenheilstätte im Vogtland. Er saß wegen Mord an einer Krankenschwester, zu der er ein Verhältnis hatte. Unter seiner Schuld litt er sehr und wurde 1963 aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig entlassen, d.h., er wurde auf einer Trage (lebend!) herausgetragen, er war völlig gebrochen. Nach seiner Entlassung betreute ich auch die Innere mit, und als der Zahnarzt Dr. Werner Scholz, er saß wegen Hetze, entlassen wurde, habe ich auch einmal einen Zahn gezogen.

Natürlich war diese vielseitige Tätigkeit für mich interessant und lehrreich. Mein Berufsziel war Arzt für Allgemeinmedizin schon vor der Verhaftung. Aber die Arbeit als Gefangenearzt war überschattet von den Schikanen des Medizinischen Dienstes der VP. Die Stellung zwischen VP und Strafgefangenen war eine zwischen zwei Mahlsteinen. Dazu kamen die „Wünsche“ des MfS, die allgegenwärtigen Spitzel. Gelernt habe ich trotzdem: Mit einem kleinen Vademecum für Ekg habe ich mich in die Anfänge der Elektrokardiographie eingearbeitet, Problemfälle wurden einem auswärtigen Internisten vorgelegt, leider durfte ich nie selbst mit ihm sprechen. Eine externe Augenärztin hat mir beigebracht, Fremdkörper schonend aus der Hornhaut zu entfernen. Solche Unfälle kamen bei den Arbeitskommandos oft vor, und ohne Spalllampe macht man viel kaputt.

Dr. med. Wolf Erler, Rathenow

## Gemeinsames Erinnern

### In Fünfeichen wird der Opfer vor und nach 1945 gedacht

Die traditionelle Gedenkveranstaltung der Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen – in diesem Jahr aus Anlaß des 70. Jahrestages der Beendigung des Zweiten Weltkrieges und der Befreiung des Kriegsgefange-



Besichtigung der neuen Namens tafeln.

nenlagern von Fünfeichen sowie des 70. Jahrestages der Errichtung des Speziallagers Nr.9 des NKWD – fand nicht wie üblich am letzten Wochenende im April, sondern am 9. Mai 2015 als gemeinsame Veranstaltung der Stadt Neubrandenburg und der AG Fünfeichen statt. Diese Festlegung ergab sich aus dem vor ca. 25 Jahren gefaßten Grundsatz, in Fünfeichen eine Mahn- und Gedenkstätte zu schaffen, in der alle in Fünfeichen verstorbenen Kriegsgefangenen und Internierten gleichermaßen gedacht wird. Nachdem im Jahr 1999 die ca. 4900 im Lager Fünfeichen verstorbenen und in Massengräbern verscharrten Internierten ihre Namen auf Bronzetafeln wiederbekamen, erhielten am 9. Mai 2015 die 5549 verstorbenen Kriegsgefangenen in einer sehr würdigen gemeinsamen Gedenkveranstaltung ihre Namen auf 96 Stahltafeln zurück. Daß mit dem 8. Mai 1945 nicht für alle Menschen der Krieg zu Ende war und ein Leben in Freiheit beginnen konnte, verdeutlichte Pröpstin Christine Körner in der ökumenischen Andacht.

Neben dem Erinnern und Gedenken an die Lagerzeit von 1945 bis 1948 widmeten sich die Mitglieder AG Fünfeichen während der Vormittagsveranstaltung in der Hochschule Neubrandenburg weiteren wichtigen Themen der Aufarbeitung der Geschichte der Lager von Fünfeichen. Die Musikwissenschaftlerin und Violinistin Anna-Barbara Kastelewicz informierte in einem ganz speziellen Vortrag mit musikalischen Einlagen über die Vieltätigkeit der Musik in den einzelnen Speziallagern. Viele der anwesenden Zeit-

zeugen standen auch an diesem Tag zu Gesprächen über ihre Erlebnisse im Lager Fünfeichen den Kameraleuten, Pressevertretern und Historikern gern zur Verfügung. Da keiner der Überlebenden unter 80 Jahre alt ist, sind diese Treffen die letzten Möglichkeiten, mit Zeitzeugen zu sprechen. Auch der erstmalig ausgestellte Bücherfund aus dem Lager Fünfeichen war für die Teilnehmer der Veranstaltung sehr interessant und führte zu vielgestaltigen Diskussionen. Über die Bibliothek in den Lagern gibt es von den einzelnen Lagerinsassen sehr widersprüchliche Aussagen. Viele der ehemaligen Häftlinge wußten zwar etwas von einer Bibliothek, hatten aber keinen Zugang zu diesem Bücherbestand. Ebenfalls von großem Interesse war der neu vorgestellte Film (Neubrandenburg-Fünfeichen. Auf den Spuren der Lager), der einen 2014 durchgeführten Rundgang durch das ehemalige Lagergelände zeigt, aber auch die Probleme des Lagergeländes und deren Entwicklung zur Diskussion stellt.

Für den Nachmittag hatten die Stadt Neubrandenburg und die AG Fünfeichen zur gemeinsamen Gedenkveranstaltung mit feierlicher Übergabe der Namens tafeln der verstorbenen Kriegsgefangenen in die Mahn- und Gedenkstätte Fünfeichen eingeladen. Über 300 Teilnehmer aus ganz Deutschland waren zu dieser Veranstaltung angereist. Zu den Gästen gehörten u.a. der Präsident des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge, Markus Meckel, der Innenminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Lorenz Caffier, sowie Vertreter der Botschaften Rußlands, Belgiens, Polens, Serbiens, Italiens, Großbritanniens und Kasachstans. Als Tochter eines sowjetischen Soldaten war Antonina Lashinowa mit ihrem Sohn aus Sankt Petersburg gekommen. In seiner Eröffnungsansprache hob Neubrandenburgs Oberbürgermeister die Bedeutung der Gedenkstätte Fünfeichen als Ort der dauerhaften Erinnerung an die vielen Opfer hervor. Alexander Markarkin von der russischen Botschaft sagte u.a.: Diese Erinnerung an

die Opfer und Schrecken des Krieges ist um so wichtiger, als sie am Ende die Versöhnung zwischen Russen und Deutschen möglich macht... Die Versöhnung brachte Partnerschaft und Freundschaft. Dieses hohe Gut dürfen wir keinesfalls verspielen. Die künftigen Generationen werden uns das sonst nie verzeihen.

Nach der feierlichen Übergabe der neu gestalteten Friedhofsanlage mit den 96 Namens tafeln an die Öffentlichkeit legten als Zeichen der Versöhnung und Erinnerung der Oberbürgermeister der Stadt und ich als Leiterin der AG Fünfeichen gemeinsam mit Überlebenden des Speziallagers Nr. 9 auf die Namens tafeln gelbe Chrysanthemen. Dann erklang die ehemalige Glocke der Marienkirche gleichermaßen für die 120 000 Kriegsgefangenen aus 11 Ländern, für die 15 000 Internierten des NKWD-Lagers, die hier festgehalten wurden, und für alle 11 000 Menschen, die in Fünfeichen in den verschiedenen Lagern den Tod fanden. Als Glocke der Versöhnung, für Frieden und Erinnerung möge sie uns noch viele Jahre begleiten. Anschließend begaben sich alle Teilnehmer der Veranstaltung zum südlichen Gräberfeld der Internierten, wo ich die Begrüßungsworte sprach. Erstmals nahmen an der Gedenkveranstaltung der Internierten auch die Vertreter der Botschaften teil und legten Blumen oder Kränze als Zeichen der Versöhnung nieder. In einer kurzen Ansprache erinnerte ich noch einmal an das Motto dieser Veranstaltung: Vergebung – Versöhnung – Erinnerung, aber nie Vergessen.

Mit dem Wunsch, daß wir diese positive gemeinsame Arbeit auch zukünftig fortsetzen, denn ein Nachlassen oder Aufhören bei der so wichtigen Erinnerungsarbeit



Ökumenischer Gottesdienst am südlichen Gräberfeld.

würde bedeuten, unserem Symbolkreuz von Fünfeichen die Stütze zu nehmen, wurde die Veranstaltung beendet.

Rita Lüdtkke

## „Macht aus dem Staat Gurkensalat!“

Rostocker Volkstheater nimmt Stück über Jugendrebellion gegen den SED-Staat ins Programm

Am 20. Juni 2015 wurde im Rostocker Volkstheater das Stück „(No) Satisfaction! – Rock und Rebellion am DDR-Meer“ uraufgeführt; ein Tanztheaterprojekt, das den Widerstand DDR-Jugendlicher gegen die SED-Obrigkeit und die Rebellion gegen deren Kleingeistigkeit zum Thema hat. Vor einem gut gefüllten Saal entspannt sich ein spannendes und tänzerisch mitreißendes Stück über jugendliches Aufbegehren gegen politische Verbote und Gängelei; über ganz normales „Anderssein“ von jungen Menschen, welches jedoch vom SED-Staat als Anlass für Repressalien und Unterdrückung genutzt wurde.

In sieben Szenen erzählt das Werk anhand von verschiedenen Epochen der (Rock-)Musikgeschichte – beginnend in den 60er Jahren mit dem Rock 'n' Roll – vom Leben in der allzu engen und piefigen DDR. (Walter Ulbricht hatte 1963 geäu-

bert: „Welchen Takt die Jugend wählt, ist ihr überlassen. Hauptsache sie bleibt taktvoll.“ Das Hören westlicher Musik war damit nicht generell verboten. Diese kurzfristige Öffnung endete Ende 1964 jedoch jäh, nachdem sich die Begeisterung der Jugend für die Musik aus dem Westen zur sogenannten Beat-Revolution entwickelt hatte.) Im weiteren Verlauf sind zu prägnanter Musik der jeweiligen Zeit das unveränderte Aufbegehren der Jugend in der DDR gegen SED-Staat und Stasi über einen Zeitraum von insgesamt einem Vierteljahrhundert zu erleben.

Darstellerisch herausragend in der schnell getanzten und erzählten Inszenierung ist sicherlich die durch die satirische Zuspitzung entlarvende und komische Szene, in der Pioniere und FDJler „Wenn Mutti früh zur Arbeit geht“ singen, oder das meist dummdreiste Agieren der beiden Figuren,

die die Stasi-Mitarbeiter darstellen. Durch diese beiden Protagonisten werden die einzelnen Teile des Stückes miteinander verbunden. Sie kommentieren im Stasijargon und in der technokratisch-absurden Sprache dieser Institution das vermeintliche Fehlverhalten der aufbegehrenden jungen Leute. Dramaturgisch hätte man sich den einen oder anderen Höhepunkt mehr, vielleicht auch eine wirkliche Geschichte, die erzählt wird, wünschen können (z.B. eine Love-Story zwischen zwei Jugendlichen?). Es bleibt aber das Fazit, daß es dem Volkstheater Rostock hier insgesamt gelungen ist, ein zeitgeschichtliches Thema publikumsnah und ohne moralischen oder allzu pädagogischen Zeigefinger zu vermitteln. Das erfreut, und ein Besuch weiterer Aufführungen ist auf jedem Fall empfehlenswert.

Jörg Plath

## Musik für den Bautzener Kirchenchor

Bei strahlendem Sommerwetter trafen sich neun Sänger des ehemaligen „Bautzener Kirchenchores“ auch in diesem Jahr vom 28. Juni bis 2. Juli im Eisenacher „Haus Hainstein“, einige mit ihren Ehefrauen, und zu unserer Freude war auch die Witwe eines Chorfreundes wieder gekommen. Seit nun schon bald sechs Jahrzehnten wirkt in diesem Kreis die gemeinsame ungewöhnliche Haftperiode nach, für uns ein „Paradies in der Hölle“ und dauerhaftes Freundschaftsband bis in die Familien hinein.

Deshalb prägten zunächst auch Wiedersehensfreude und Dankbarkeit die Gespräche, danach erst die Sorge, wie auch in Zukunft das öffentliche Interesse am Unrecht der SMT- und DDR-Justiz wachzuhalten sei. Dazu kann auch die jüngst erschienene CD mit den historischen Aufnahmen des Bautzener Kirchenchores beitragen. Wir debattierten Harald Knaußs neue Publikation über den Hungeraufstand von 1950, die Jubiläumsversammlung des Bautzen-Komitees und die leider schwach besuchte Gedenkfeier in der Bautzener Anstaltskirche. Schließlich sahen wir zwei Kempowski-Filme über seine Haftjahre: einen über die Wiederbegegnung 1990 mit dem „Gelben Elend“, den anderen mit einem sehr späten Interview – posthume Erinnerungen an den letzten Leiter des Kirchenchores.

Abends, durch die Fenster die Wartburg im Blick, gab es intensive Gespräche. Wir diskutierten den Forschungsstand zu unserem Bautzener Anstaltspfarrer Mund und der Gefangenenseelsorge in der SBZ und frühen DDR. Alle hoffen, daß das Ergebnis wie geplant 2017 vorliegt. Von allgemeinem Interesse waren die späten, sehr persönlichen Ausführungen des jüngst verstorbenen prominenten Literaten Fritz J. Raddatz über ihn, die unser Bild von Pfarrer Mund schärfen. Ausflüge unternehmen wir schon seit einigen Jahren nicht mehr – das Alter fordert seinen Tribut. Aber dies hinderte einzelne nicht daran, Spaziergänge zu unternehmen, hinunter in die reizvolle Stadt Eisenach mit ihren kulturellen und historischen Sehenswürdigkeiten oder hinauf zur nahen Wartburg.

Natürlich feierten wir mit unserer siebzehnköpfigen „Gemeinde“ wieder einen Gottesdienst in der schönen Kapelle vom „Hainstein“, selbstverständlich mit unserem Chorgesang, der freilich inzwischen auf die Hilfe stimmlicher Damen angewiesen ist. Den musikalischen Höhepunkt der Eisenacher Tage aber bildete dort auch diesmal eine „Musik für den Bautzener Kirchenchor“. Der tüchtige Chemnitzer Kan-



Eisenach 2015: Die Ehemaligen, im Hintergrund die Wartburg.

tor Michael Schmidt, Schwiegersohn eines Chormitgliedes, spielte auf der kleinen, aber guten Orgel anspruchsvolle Werke vom 17. Jahrhundert bis in die Gegenwart, hier in Eisenach selbstverständlich auch einen „großen Bach“. Zusammen mit seiner Frau und dem Vater musizierte er ebenfalls vokale „kleine geistliche Konzerte“ aus der Barockzeit – beeindruckende Belege der gewachsenen familiären Bande zum Kirchenchor. So verabredeten wir uns voller Zuversicht für ein nächstes Treffen in Eisenach im kommenden Jahr.

Ulrich Haase

## Virulente DDR-Medizin

Anspruch und Wirklichkeit des DDR-Gesundheitssystems war Thema des Forums „Medizin nach Plan“ der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in der Kronenstraße in Berlin-Mitte am 14. Juli. Ein typischer DDR-Slogan war: „Der Sozialismus ist die beste Prophylaxe.“ Heute eher peinlich und makaber, damals aber ernst gemeint.

Der Medizinforscher Dr. Rainer Ericas aus Erlangen berichtete in seinem Vortrag, daß in der DDR 220 Testreihen an ostdeutschen Patienten für westdeutsche Firmen durchgeführt wurden. Gut dotiert mit Westgeld! Der finanziell klamme Staat verkaufte auch Hornhaut, Knochen und Plazenten an die Bundesrepublik, um Devisen zu bekommen. Weil es hingegen bei solch simplen Produkten wie Mundspachteln Engpässe gab, mußten massenhaft Spachtel gegen Devisen aus Kanada eingeführt werden.

Die letzte Volkskammerpräsidentin Dr. Sabine Bergmann-Pohl und der letzte Gesundheitsminister der DDR Dr. Jürgen Kleitzsch schilderten im Forum den Mangel an Personal (oft wegen Republikflucht) und Material im DDR-Gesundheitswesen. So war zeitweise nur ein Drittel der benötigten Herzmedikamente vorhanden. Bergmann-Pohl: „Wir baten Rentner, die legal in den Westen reisen durften, von dort Medikamente für sich mitzubringen, damit wir die wenigen vorhandenen den jungen Menschen geben konnten.“

In der anschließenden Diskussion berichteten mehrere Frauen, wie sie durch das DDR-Gesundheitswesen krank gemacht wurden. Eine 56jährige Berlinerin erzählte, daß sie 1979 mit einem verseuchten Serum geimpft wurde, seither unter Hepatitis C leide und inzwischen Erwerbsunfähigkeitsrentnerin sei. SED-Opfer Tatjana Sterneberg, die wegen Vorbereitung zur Republikflucht im Frauenzuchthaus Hoheneck eine Haftstrafe absitzen mußte, wurde mit Psychopharmaka vollgepumpt und ruhiggestellt. Brigitte Heinrich bekam nach einer falschen Medikation ein behindertes Kind. Heinrich griff Bergmann-Pohl an, weil sie die Verhältnisse in der DDR verharmlosen würde und in der Wendephase zu wenig für DDR-Medizin-Opfer getan hätte. Die Situation im mit über 100 Besuchern gefüllten Saal drohte da zu eskalieren. Mit Mühe gelang es Gastgeberin Dr. Anna Kaminsky, Geschäftsführerin der Bundesstiftung, die Gemüter zu beruhigen und die Veranstaltung vor dem Abbruch zu retten. Am Ende wurde die Forderung laut, daß die Bundesstiftung ein Forschungsprojekt zur DDR-Medizin initiieren solle.



Foto: T. Kittan

Schmerzliche Erinnerungen im Publikum.

Tomas Kittan

## Das Schweigen brechen

An tausendfaches Leiden und Sterben in Brandenburger Orten kommunistischer Repressionen sollte 70 Jahre nach Kriegsende eine würdige öffentliche Gedenkfeier erinnern. Die Häftlinge mußten unmenschliche Haft ertragen und konnten, wenn sie überlebt hatten und im Osten Deutschlands blieben, erlittenes Unrecht erst nach dem Ende der SED-Diktatur aufarbeiten.

Einer diesbezüglichen Initiative unserer Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945-1950 e.V. schlossen sich acht Opferverbände des Landes Brandenburg an. Die Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur, Ulrike Poppe, leistete gemeinsam mit ihren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen einen maßgeblichen Anteil an der Koordinierung und Durchsetzung des Projekts.

Am 24. November 2014 richtete unser Vereinsvorsitzender, Joachim Krüger, in der Potsdamer Staatskanzlei vor etwa 50 Anwesenden diese Bitte an Dr. Dietmar Woidke, der spontan zusagte und damit ein Zeichen der Wertschätzung für die ehemaligen Häftlinge setzte.

Der Einladung des Ministerpräsidenten zum rund vierstündigen Empfang am 13. Juli 2015 im Potsdamer Kongreß-Hotel am Templiner See konnten mehr als zweihundert hochbetagte Zeitzeugen, zumeist in Begleitung, folgen. Die Schriftführerin der Arbeitsgemeinschaft, Mariagnes Pense, nahm für unseren Vorstand daran teil.

Dr. Woidke dankte den Gästen, daß sie die Strapazen der Reise für diese Begegnung auf sich genommen hatten. Immer noch seien viele von ihnen in zahlreichen Vereinen dabei, an der Aufarbeitung der Vergangenheit mitzuwirken. Das verdiene hohe Anerkennung.

Er sprach sich für eine umfassende Sicht auf die Geschichte mit all ihren Brüchen, hellen und dunklen Seiten aus und erinnerte daran, daß in der DDR die Geschehnisse in den Lagern mit einem „Mantel des Schweigens bedeckt“ waren.

„Aber das Schweigen ist der größte Feind einer wirklichen Aufarbeitung von Geschichte... Nach langen Jahren des Verschwiegens ist es höchste Zeit, sie offen

und ehrlich zu analysieren, darüber zu informieren, den Opfern unseren Respekt zu erweisen und ihr Leid anzuerkennen.“

Anschließend sprachen u.a. Horst Schüler – geboren 1924, 1952 von einem Sowjetischen Militärtribunal zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt, verschleppt in die Region Workuta, nach der Entlassung ein vorbildlicher Journalist, 2001 bis 2007 Vorsitzender der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft, seither ihr Ehrenvorsitzender, und Horst Jänichen – Jahrgang 1931, erstmals 1946 als „Werwolf“ verurteilt, nach seiner Entlassung aus Sachsenhausen erneut im Dezember 1950 verhaftet, weil er sich in der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit engagierte, ab 1959, nach der Flucht in den Westen, Politikerlaufbahn, später langjähriger Vorsitzender des Beirates 2 der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten.

Stellvertretend für unsere am 13. Juli anwesenden Vereinsmitglieder und in ihrem Namen ein herzliches Dankeschön an den Ministerpräsidenten und die Protokoll-Abteilung der Potsdamer Staatskanzlei für den gelungenen Empfang mit seinen beeindruckenden und bewegenden Erlebnissen.

Reinhard Klaus

## „Sie waren in ihrem eigenen Feindbild gefangen“

UOKG-Verbandetreffen am 27. und 28. Juni in Berlin


(st) Das Verbandetreffen in diesem Sommer stand unter der Überschrift „Wissenschaftliche Forschungen zu verschiedenen Aspekten des Diktaturapparates“. Über das Forschungs- und Dokumentationsprojekt „Die Opfer des DDR-Grenzregimes an der innerdeutschen Grenze“ des Forschungsverbundes SED-Staat an der FU Berlin berichteten Mandy Palme und Dr. Jan Kosta. Die seit 2012 laufenden Untersuchungen, die zunächst von über 1000 Verdachtsfällen ausgingen, hätten 212 Opfer ergeben, die die DDR verlassen wollten. Als unerwartet hoch erwies sich die Zahl der Angehörigen von Grenztruppen und Grenzpolizei: 409 Tote, davon 179 Suizide. Noch immer gebe es 210 ungeklärte Todesfälle. Insgesamt habe die Forschung bisher 966 Tote ergeben. Beide Wissenschaftler betonten, sie wollten „Schablonenhaftigkeit“ vermeiden, d.h. die jeweiligen Einzelfälle betrachten. Zum Forschungsziel gehören auch möglichst genaue biographische Angaben über die einzelnen Opfer.

Die Politikwissenschaftlerin Dr. Elisabeth Martin referierte über das Thema „Zur Herkunft und Mentalität der Wärter und Vernehmer der Stasi-Untersuchungshaftanstalt Berlin-Hohenschönhausen“. Dafür stellte sie sich die Frage, wie man Menschen zu unmenschlichen Tätigkeiten bringen könne. Dies sei relevant für die Entscheidung, ob sie verantwortlich waren. Zunächst hatte Martin ihre Sozialisation untersucht. Sie stellte fest, daß hier die politisch „richtigen Milieus“ wichtiger waren als fachliche Kompetenz. Eine große Rolle schrieb sie ebenfalls der Ideologie zu. Die Feindbildschulung sei allumfassend gewesen, Haßgefühle gegenüber den Häftlingen wurden systematisch geweckt. Jegliche Kritik am System wurde dem Feind, der „politisch-ideologischen Diversion“, zugeschrieben. Wärter und Vernehmer sollten ihre Arbeit als Teil der globalen Systemauseinandersetzung begreifen. Legitimiert durch einen instrumentalisierten Antifaschismus und Antiimperialismus, begriffen die Mitarbeiter ihre inhumane Arbeit als „politische Notwendigkeit“. „Sie waren in ihrem eigenen Feindbild gefangen“, erklärte Martin. Vor allem unter Honecker setzte eine Pseudoverrechtlichung ein, die es den Angestellten erlaubte, ihre persönliche Verantwortung zu verschleiern. Hinzu kamen einerseits zahlreiche Privilegien, wie hohe

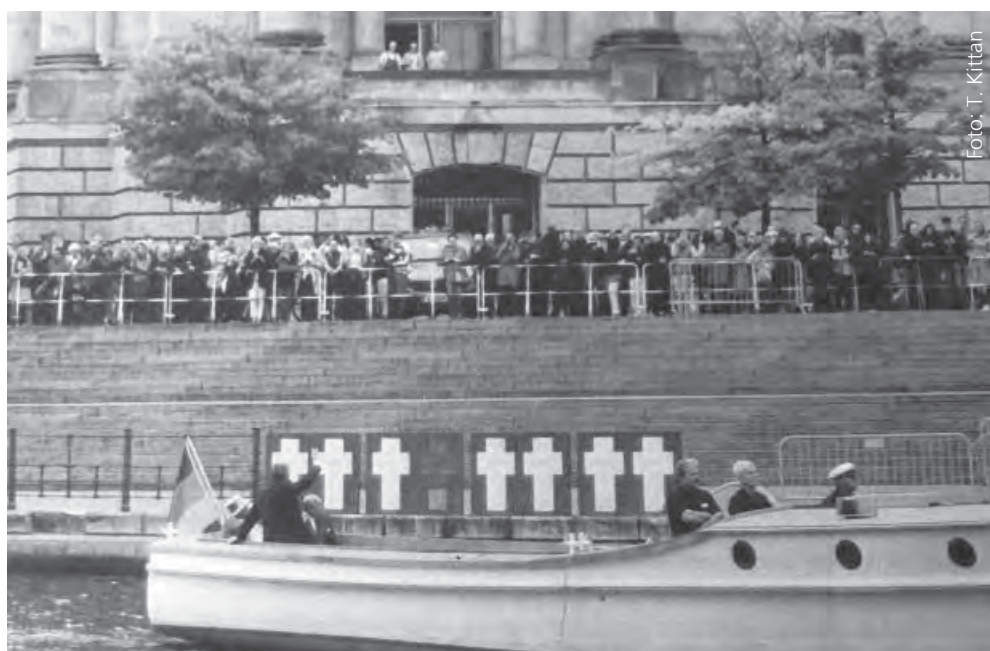
Besoldung, Wohnung, Sozialbeihilfe, Zugang zu knappen Gütern, hohe Renten und Prämien, andererseits strenge Sanktionen bei Fehlverhalten, wie ein striktes Anleitungs- und Kontrollsystem, Militärstrafrecht und Parteistrafen. Alles in allem handle es sich um eine freiwillige Gefolgschaft des Personals, resümierte Martin.

Über „Die Reisekader, Auswahl und Disziplinierung einer privilegierten Minderheit in der DDR“ sprach der Historiker Dr. Jens Niederhut. Weil es in der DDR kein Grundrecht auf Reisefreiheit gab, konnte daraus ein Sonderrecht gemacht werden, ein Recht, das man sich verdienen mußte. Idealerweise hätte bei Reisekadern fachliche und politische Kompetenz gleichermaßen vorhanden sein müssen, das Auswahlverfahren indes sei stets politisch ausgerichtet gewesen. „Jede Reise in den Westen war ein politischer Akt.“ Das System wurde seit Mitte der 60er Jahre schrittweise eingeführt. 1970 gab es 25 000 Reisekader, 1988 bereits über 90 000. Die Auswahl wurde über ein intransparentes Verwaltungsverfahren getroffen, der Status als Privileg verliehen. Eine sogenannte Beratungs- und Kontrollgruppe prüfte ohne Blick auf fachliche nur die politische Eignung. Aus

Angst vor einer Westflucht von Reisekadern mußten stabile Familienverhältnisse nachgewiesen werden, ebenso eine Liste aller Verwandten und Bekannten im Westen. Obligatorisch war dann die Verpflichtung, alle Westkontakte aufzugeben. Das galt gleichermaßen als Unterwerfungsbeweis. Reisekader wurden beobachtet, aber auch als IM angeworben, durchschnittlich 24 Prozent. Niederhut zog das Fazit, daß Westreisen ein Privileg waren. Das Reisekadersystem der DDR diene als wirksames Herrschaftsinstrument. Aus ökonomischer Sicht war es jedoch nicht sinnvoll, weil es viel zu wenig fachlich orientiert gewesen sei.

Im Bericht des Vorstandes während der Mitgliederversammlung wurde vor allem über die Lage nach dem Rücktritt des UOKG-Vorsitzenden Rainer Wagner informiert. Eine Neuwahl ist für den Herbst dieses Jahres vorgesehen. Die Teilnehmer verabschiedeten u.a. eine Resolution zur Forderung nach Aberkennung von an der Juristischen Hochschule des MfS und der Offiziersschule der Grenztruppen Suhl erworbenen akademischen Graden. Als neues Mitglied wurde der Süddeutsche Freundeskreis Hoheneckerinnen aufgenommen. 

## Queen an den Mauerkreuzen



Während ihres Berlin-Besuchs vom 23. bis 26. Juni 2015 bei einer Bootsfahrt auf der Spree kam Elisabeth II. mit ihrem Mann Prinz Philip, dem Bundespräsidenten und seiner Lebensgefährtin auch am Reichstag vorbei. Gauck zeigte dabei auf die Mauerkreuze, an denen sie ganz dicht vorbeifuhren. Die Queen betrachtete sie interessiert.

## XXV. Mahn- und Gedenktreffen

der **Initiativgruppe Lager Mühlberg e.V. in Mühlberg/Neuburxdorf**

**Freitag, 4.9.2015**

17.00 Uhr: Eröffnung im Rathaus der Stadt Mühlberg/Elbe

17.15 Uhr: Vortrag von Wolfgang Oleschinski, wissenschaftlicher Leiter des DIZ Torgau zum Thema „Lager an der Elbe: Die Kriegsgefangenenlager Mühlberg, Torgau, Zeithain – Die Speziallager Mühlberg und Torgau“; musikalische Begleitung: Violinistin Anna Barbara Kastelewicz


19.00 Uhr: gemeinsames Abendessen

**Sonnabend, 5.9.2015**

9.30 Uhr: Gedenkveranstaltung auf dem Friedhof in Neuburxdorf

10.30 Uhr: Gottesdienst im Zelt am Lagergelände, Predigt: Martin Taatz, Pfarrer i.R., Halle/S., musikalische Begleitung: Jugendchor der evangelischen Kirchengemeinde Mühlberg, Leitung Stefan Jänke

11.30 Uhr: Gedenkveranstaltung am Hochkreuz, Gedenkrede von Dr. Anna Kaminsky, Geschäftsführerin der Bundesstiftung Aufarbeitung; musikalische Begleitung: Bläsergruppe Volker Hühne; Begrüßung und Verabschiedung: Pfarrer Matthias Taatz

Anschließend ist Zeit für Gespräche und Begegnungen im Zelt. Hier können zum Preis von 5,- € Mittagessen sowie Kaffee und Kuchen eingenommen werden. 

## Gedenken in Sachsenhausen

**Kooperative Gedenkveranstaltung zum 70. Jahrestag des Weiterbetriebs des KZ Sachsenhausen als sowjetisches Speziallager**

**Sonnabend, 5.9.2015**

14.00 Uhr: Zeitzeugengespräch in der ehem. Häftlingswäscherei (im Lagerdreieck der Gedenkstätte und Museum Sach-

senhausen – GMS) mit Horst Jänichen, Lukas Timm und Reinhard Wolff, Mod. Enrico Heitzer, wiss. Mitarbeiter d. GMS, Joachim Krüger, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945–1950 e.V.

16.30 Uhr: Kulturveranstaltung (ebenda), von der GMS vorgesehen: Tanzperformance zu Leben und Leiden im Speziallager

19.30 Uhr: Gedenken an verstorbene Mitglieder und Förderer der Arbeitsgemeinschaft

**Sonntag, 6.9.2015**

9.45 Uhr: Opfergedenken an Gräberfeldern im Schmachtenhagener Forst

10.30 Uhr: Opfergedenken an Gräberfeldern „An der Düne“

11.00 Uhr: Kooperative Veranstaltung der GMS mit der Arbeitsgemeinschaft am ehem. Kommandantenhof – Kranzniederlegungen, musikalische Umrahmung, Redner: Prof. Dr. Günter Morsch, Direktor der GMS, Joachim Krüger, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft, ein Repräsentant des politischen Lebens, Friedrich Klausch, ehemaliger Häftling des Speziallagers Sachsenhausen; Kurzandacht

12.15 Uhr: Gedenken am Stein für die Opfer des Stalinismus (im Lagerdreieck)


12.30 Uhr: Mittagsimbiß in der ehem. Häftlingswäscherei und Möglichkeiten für Gespräche

16.30 Uhr: Berichte von der Gedenkarbeit in den Regionen

19.30 Uhr: Wahlversammlung der Arbeitsgemeinschaft

**Montag, 7.9.2015**

10.30 Uhr: ab Berlin-Tegel gemeinsame Busfahrt zum Abgeordnetenhaus von Berlin, dort kurze Führung von Joachim Krüger Mda

13.30 Uhr: Möglichkeit gemeinsamen Mittagessens in Tegel, individuelle Heimreise 

## Gedenkfeier

**70 Jahre Kriegsende: Frauen als Opfer von Krieg, sexualisierter Gewalt und systematischer Verfolgung**

(uokg)Die Folgen des Zweiten Weltkrieges waren für Hunderttausende Menschen aus der Zivilbevölkerung verheerend; ethnische Vertreibungen, massenhafte Vergewaltigungen, Deportationen zur Zwangsarbeit und Internierungen

trafen besonders Frauen, Jugendliche und Kinder hart. Sie überlebten diese oft nicht oder trugen physische und psychische Schäden davon.

Verbrechen an der deutschen Zivilbevölkerung als Rache für den nationalsozialistischen Vernichtungskrieg blieben bis heute für die alliierten Besatzungsmächte straflos. In Deutschland wurden diese Ereignisse weitgehend mit Schweigen belegt. An das Leid der deutschen Frauen und Mädchen erinnert bis heute nur ein Gedenkstein am Friedhof Lilienthalstraße in Berlin-Neukölln.

Im Wissen, daß Gewalt gegen Frauen in Form von systematischen Vergewaltigungen und Vertreibungen bis heute vielerorts praktiziert wird und meistens ungesühnt bleibt, möchten wir in unserem Gedenken an vergangenes Unrecht einen kritischen Bezug zur Gegenwart herstellen. Die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft, der Frauenverband im Bund der Vertriebenen e.V. und der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. LV Berlin gedenken am **10. September 2015, 15.00 Uhr**, auf dem Friedhof Lilienthalstraße in Berlin-Neukölln besonders der Frauen und Mädchen unter den zivilen Opfern.

### Vorläufiges Programm


Begrüßung: Anna-Michels-Boger, UOKG

Ansprache von Markus Meckel, Präsident des VDK

Ansprache von Sibylle Dreher, Frauenverband im BdV

Niederlegung von Blumengebinden und Schweigeminute

Ansprache von Prof. Dr. Godula Kosack, Terre des Femmes


Ende ca. 16.00 Uhr, anschließend Imbiß oder Kaffee 

## 26. Gedenkveranstaltung

Am **12. September 2015** findet in Lieberose/Jamlitz die 26. Gedenkveranstaltung der Initiativgruppe Internierungslager Jamlitz statt.

11.00 Uhr: Gedenkgottesdienst in der Lieberoser Landkirche

14.00 Uhr: Gedenken auf dem Waldfriedhof in Jamlitz

Es besteht die Möglichkeit, im Justus-Delbrück-Haus (Bahnhof Jamlitz) ein Mittagessen einzunehmen. 

## Ausstellung

Noch bis zum 13. September 2015 ist die Ausstellung „Kinder hinter Stacheldraht“ zu sehen im Stadtmuseum Weimar im Bertuchhaus, Karl-Liebkecht-Str. 5–9, 99423 Weimar.

Öffnungszeiten: Di – So 10 – 17 Uhr

Eine Wanderausstellung des Vereins „Kindheit-hinter-Stacheldraht e.V.“

## Halle-Forum 2015

### Der geheime Häftlingsfreikauf aus der DDR. Weg in die Freiheit oder Menschenhandel?

Eine Kooperationsveranstaltung zwischen der Landesbeauftragten für die Stasiunterlagen in Sachsen-Anhalt, der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt u.v.a.

Programm

#### Donnerstag, 8. Oktober 2015

Ab 11 Uhr Ankunft und Anmeldung

11.30 Uhr: Führung durch die Gedenkstätte Roter Ochse und die Ausstellung

13.00 Uhr: Mittagsimbibé

14.00 Uhr: Eröffnung des Halle-Forums, Begrüßung: Dr. Kai Langer, Direktor Gedenkstätten Sachsen-Anhalt Stiftung und Dr. André Gursky, Birgit Neumann-Becker, Landesbeauftragte für die Stasiunterlagen in Sachsen-Anhalt, Grußwort

14.30 Uhr: „Freikauf politischer Häftlinge aus der DDR – bleibende Fragestellungen an Politik und Justiz“ v. Prof. Angela Kolb, Ministerin f. Justiz und Gleichstellung Sachsen-Anhalt (angefragt)

14.45–15.30 Uhr: „Häftlingsfreikauf aus der DDR 1962/63–1989: Geschäftsmodell, humanitäre Maßnahme, innerdeutsche Beziehungen, deutsche Schicksale“ v. Dr. Jan Philipp Wölbern, ZZf Potsdam

Anschließend Kaffeepause

16.15–17.30 Uhr: „Freikauf – Die Geschäfte der DDR mit politisch Verfolgten 1963–1989“ mit Axel Reitel

19.00 Uhr: Abendessen im Hotel Maritim Halle

20.15 Uhr: Im Gespräch „Der verratene Verräter. Wolfgang Schnur: Bürgerrechtsanwalt und Spitzenspitze“ mit Alexander Kobylinski

#### Freitag, 9. Oktober 2015

9.00–10.15 Uhr: „Ausreise per Antrag im Kreis Halberstadt: Beauflagen, Verfolgen, Zersetzen, Verhaften“ Vortrag u. Gespräch mit Dr. Renate Hürtgen

10.45 Uhr: „Dr. Wolfgang Vogel: Letzte Rettung oder Menschenhändler?“ mit Christian Booß, BStU Berlin

11.30–12.30 Uhr: Aktuelle Informationen, Austausch, Rückblick und Ausblick; anschließend Mittagsimbibé

Tagungsorte: 8.10. – Gedenkstätte Roter Ochse Halle/S., Am Kirchtor 20b, 06108 Halle/S.; 9.10. – Maritim Hotel Halle, Riebeckplatz 4, 06110 Halle/S.

Anmeldungen bis 7.9.2015: Landesbeauftragte für die Stasiunterlagen in Sachsen-Anhalt, Klewitzstr. 4, 39112 Magdeburg, Fax (03 91) 567 50 60, E-Mail kristin.rygiel@justiz.sachsen-anhalt.de

Teilnahmegebühr – mit Übernachtung im DZ p.P. 30,- €, mit Übernachtung im EZ 35,- €, ohne Übernachtung 10,- €, Tagesgäste 5,- €

### Suchanzeigen

## Todesfälle an der innerdeutschen Grenze – Zeugen gesucht!

(fv) Zwischen 1949 und 1989 starben mehrere hundert Menschen an der damaligen innerdeutschen Grenze. Unbewaffnete Flüchtlinge wurden erschossen, von Minen und Selbstschußanlagen zerfetzt oder ertranken. Auch Grenzsoldaten kamen ums Leben. Über die Anzahl der Todesfälle und deren genaue Hintergründe liegen bis heute keine zuverlässigen Angaben vor.

Der Forschungsverbund SED-Staat an der Freien Universität Berlin untersucht derzeit die Schicksale von Männern, Frauen und Kindern, die an der innerdeutschen Grenze zwischen Lübecker Bucht und der damaligen Tschechoslowakei ums Leben kamen. Im Jahr 2016 soll als Ergebnis dieser Recherchen ein biographisches Handbuch zu den Opfern des DDR-Grenzregimes erscheinen.

Das Forscherteam überprüfte bislang in ost- und westdeutschen Archiven rund 1000 Verdachtsfälle. Zu zahlreichen Todesfällen an der DDR-Grenze wurden in den amtlichen Unterlagen Hinweise gefunden und ausgewertet. Zu 191 Meldungen über im Grenzgebiet aufgefundene Tote liegen keine namentlichen Informationen vor. Für weitere Angaben zu einzelnen Vorfällen werden jetzt Verwandte, Freunde, Bekannte und Augenzeugen gesucht, die Auskünfte über das Geschehen und über Todesopfer geben können.

Angehörige, Arbeitskollegen und Freunde von Opfern des DDR-Grenzregimes werden gebeten, sich an folgende E-Mail, Telefonnummern oder Adresse zu wenden: E-Mail [DDR-Grenze@fu-berlin.de](mailto:DDR-Grenze@fu-berlin.de), Tel. (030) 838 55 652, (030) 838 59 637 oder (030) 838 59 732, Postanschrift: Forschungsverbund SED-Staat, Projekt DDR-Grenze, Freie Universität Berlin, Kosserstr. 21, 14195 Berlin

Einige exemplarische Biographien befinden sich auf den Seiten des Forschungsverbundes im Internet unter [http://www.fu-berlin.de/sites/fsed/Opfer\\_des\\_DDR-Grenzregimes/index.html](http://www.fu-berlin.de/sites/fsed/Opfer_des_DDR-Grenzregimes/index.html)


## Spuren...

### Aufruf zur Zusendung von Haftfotos

Die Spuren von Haft, psychischer und physischer Folter, Mangelernährung und die Trennung von den Liebsten haben sich tief ins Gedächtnis, aber auch buchstäblich ins Gesicht eingebrannt. Nur wenigen Menschen ist heute bewußt, was es für den einzelnen hieß, in der SBZ/DDR verfolgt worden zu sein. Wir, von der Initiative Mahnmal der UOKG, wollen die Spuren im Gesicht unserer Kameradinnen und Kameraden zeigen!

Zu diesem Zweck bitten wir Sie um die Zusendung Ihrer (mind. zwei) Fotos vor und während bzw. kurz nach der Haft. Die Fotos werden mit einer kurzen Beschreibung auf unsere Internetseite ([www.initiative-mahnmal.de](http://www.initiative-mahnmal.de)) gestellt sowie einmalig im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung für ein zentrales Mahnmal präsentiert.

Fotos werden nicht an Dritte weitergegeben, ausschließlich für den oben genannten Zweck verwendet und nach dem Einscannen zeitnah an Sie zurückgesandt. Alternativ besteht die Möglichkeit, die Fotos als Email zu versenden ([michels@uokg.de](mailto:michels@uokg.de)). Mit der Zusendung erklären Sie sich bis auf Widerspruch mit der Veröffentlichung der Fotos einverstanden.

Fotos und Anfragen an: Anna Michels-Boger, Projektkoordination, Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. Initiative Mahnmal, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 96 20 

*Ich bin nicht an Geld interessiert,  
ich will nur wunderbar sein.*

*Marilyn Monroe*

Wir wollen wunderbar sein, deshalb sind wir an Spenden interessiert.

Bitte spenden Sie für den STACHELDRAHT, und werden Sie Spender und Abonnenten.

Für Spenden gibt es kein Limit, und jedes Abo hilft. Das Jahresabonnement mit 9 Ausgaben kostet 9,- Euro.

Name und Anschrift an die Redaktion senden, Überweisungen bitte auf das Konto BSV-Förderverein, Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110, Verwendungszweck „Stacheldraht-Abo“ oder „Stacheldraht-Spende“.

(Für UOKG-Mitglieder besteht keine Zahlungspflicht.)

## „Verordnete Freundschaft“

Die sowjetische Besatzung 1945 bis 1994

*Diese Ausstellung ist ein Projekt von Freya Klier für die Robert-Havemann-Gesellschaft e.V.*

Am Ende einer mörderischen Schlacht um die Reichshauptstadt Berlin, in der noch einmal hundertstausend Soldaten fallen und Zehntausende Zivilisten ihr Leben verlieren, ist der Zweite Weltkrieg in Europa vorbei. Nach der Befreiung der versklavten Völker ist nun auch Deutschland selbst vom Terror der nationalsozialistischen Diktatur befreit.



Freya Klier vor dem Startplakat.

Doch die Befreiten sind zugleich die Besiegten: Gewaltübergriffe, Chaos, Entwurzelung und die Furcht vor dem, was kommt, machen das Ausatmen schwer. Die hunderttausendfache Vergewaltigung der Kriegsbeute Frau wird als „Angst vor den Russen“ noch jahrzehntelang in der Bevölkerung nachschwingen.


Im Sommer 1945 verhandeln die Siegermächte Großbritannien, USA und UdSSR in Potsdam über das weitere Schicksal Deutschlands. Auf der Tagesordnung stehen Demilitarisierung, die Auflösung kriegswichtiger Industrien, Reparationszahlungen und Grenzverschiebungen sowie der Aufbau einer Demokratie.

In den Genuß der letzteren kommen jedoch nur die Bewohner der westlichen Besatzungszonen. Bereits 1945 zeichnet sich für die Bürger des sowjetischen Machtbereichs ab: Das Ende von Krieg und NS-Diktatur bringt ihnen nicht die ersehnte Freiheit...

Ein halbes Jahrhundert lebten sowjetische Besatzer und DDR-Bewohner neben- und miteinander. Bis 1989 die Mauer fiel und die letzten 546 000 Soldaten friedlich abzogen. Wie haben DDR- und Sowjetbürger einander wahrgenommen zwischen hermetisch abgeriegelten KGB-Vierteln, Kasernengeländen und frei zugänglichen „Russen-Magazinen“, zwischen der Furcht vor gewaltsamen Übergriffen und Mitleid mit dem harten Leben der einfachen Soldaten?

Die Ausstellung spannt einen historischen Bogen über fast fünf Jahrzehnte sowjetischer Besatzungsherrschaft im Osten Deutschlands. Zahlreiche Fotos und Dokumente beleuchten dieses besondere Kapitel der deutschen Nachkriegsgeschichte. Und immer wieder fließen dabei auch persönliche Erinnerungen an die „verordnete Freundschaft“ ein.

Die Ausstellung wird betreut von der Robert-Havemann-Gesellschaft e.V. Dort kann sie bis zum Mai 2018 auch ausgeliehen werden: Robert-Havemann-Gesellschaft e.V., Archiv der DDR-Opposition, Schliemannstr. 23, 10437 Berlin, Tel. (030) 447 108 0, Fax (030) 447 108 19, Ansprechpartner: Frank Ebert

Aktuell ist die Ausstellung noch zu sehen bis zum 30. August in der Wandelhalle des Abgeordnetenhauses von Berlin. 

## Zum 100. Geburtstag von Karl Fehlhaber

Das Ministerium für Staatssicherheit der DDR, Verwaltung Thüringen, berichtet am 7. Dezember 1950 an die Zentrale des Ministeriums für Staatssicherheit in Berlin: „Unsere sowjetischen Freunde haben sich am 11. Juli 1950 zwei Mitarbeiter [der Staatssicherheit] geholt, darunter den Dienststellenleiter von Gera selbst und haben den Fehlhaber, Karl, geb. 5. Juli 1915, in Haft genommen.“ Unter Bruch der Verfassung der DDR, Artikel 10, wurde wie so oft ein DDR-Bürger an eine fremde Macht ausgeliefert. Sein Vater Arno Fehlhaber (geb. 1889) ist mit ihm zeitgleich verhaftet und verurteilt worden. Er starb einen Tag vor Weihnachten am 23. Dezember 1952 im sibirischen Lager Taischet.

Fehlhaber arbeitete zu dieser Zeit als Buchhalter bei der Firma Matthiesen & Co. in Schmölln. Er war Mitglied der CDU und Geschäftsführer seiner Partei in Schmölln, Kreisverband Altenburg. Politisch war er vor 1945 nicht organisiert. Er diente zwölf Jahre in der Wehrmacht, zu-

letzt als Leutnant. Im September 1947 ist er aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft krankheitsbedingt entlassen worden.

Karl Fehlhaber wurde von dem berüchtigten Sowjetischen Militärtribunal 48240 am 30. und 31. Oktober 1950 nach Artikel 58-6 und 58-11 des Strafgesetzbuches der Russischen Föderation zu 25 Jahren Freiheitsentzug verurteilt. Die Verurteilung erfolgte wegen antisowjetischer Propaganda und angeblicher Spionage. Seiner Frau teilte man am 1. Juli 1952 lediglich mit, daß ihr Mann „verhaftet und abgeurteilt ist“. Er wurde von der russischen Besatzungsmacht über den Bahnhof Berlin-Lichtenberg nach Moskau und weiter in das eisige Workuta, nördlich des Polarkreises verschleppt. Dort arbeitet er im Lager 10, Schacht 29. Gemeinsam mit Horst Hennig überlebte er den Aufstand vom 1. August 1953, als die Sowjets auf die unbewaffneten Lagerhäftlinge schossen und über 60 Tote hinterließen. Zuletzt arbeitete Fehlhaber im Barackendienst für die verurteilten Lagerfunktionäre.

Nach zähen Verhandlungen in Moskau gelang es Bundeskanzler Konrad Adenauer Mitte September 1955, der sowjetischen Führung die Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen gegen den Austausch von diplomatischen Vertretungen abzurufen. Zu diesen Kriegsgefangenen gehörten auch die nach 1945 verurteilten zivilen Deutschen. Karl Fehlhaber wurde nach Swerdlowsk und nach Refta gebracht, ehe er am 17. Oktober 1955 in Friedland eintraf.

Karl Fehlhabers vollständige Rehabilitierung erfolgte am 22. Mai 1995. In einer späteren juristischen Stellungnahme heißt es: „Die dem Verurteilten zur Last gelegten Handlungen sind nicht begangen worden. Sie wären auch zeitlich gesehen keine Kriegsverbrechen.“

Zuletzt arbeitete Karl Fehlhaber als Zivilangestellter bei der Bundeswehr in Kempten. Dort ist er 2002 im Bundeswehrkrankenhaus gestorben.

Horst Hennig, Gerald Wiemers



**Leserbrief****Kirchenkampf**

Zum Beitrag „Ja, das glauben wir“,  
Ausg. 4/2015, S. 6

In dem Artikel gibt die Autorin Steffi Lehmann einen realistischen Einblick in die Durchsetzung der Jugendweihe in der DDR in den fünfziger Jahren. Allerdings vermisse ich einen Hinweis auf den Beitrag der sozialistischen Strafjustiz in diesem „Kirchenkampf“. Sich gegen die Jugendweihe auszusprechen, galt als „Boykotthetze“ und wurde mit Zuchthaus bestraft. Propst Otto Maerker war Pfarrer in einem Dorf bei Schwerin und wurde im Dezember 1957 wegen „Boykotthetze“ zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt. Näheres zu dem Thema

und speziell zu dem Fall Maerker findet man bei G. Diederich, B. Schäfer u. Jörg Ohlemacher, „Jugendweihe in der DDR“, Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin 1998. Nach M.G. Goerner („Die Kirche als Problem der SED“, Akademie Verlag, Berlin 1997) waren im Mai 1958 24 kirchliche Amtsträger in der DDR inhaftiert.

Wir – das sind drei ehemalige Jenerser Studenten, die im Oktober 1958 im Zusammenhang mit dem „Eisenberger Kreis“ zu Zuchthausstrafen verurteilt worden waren – haben Propst Maerker in der Strafvollzugsanstalt Waldheim im Frühjahr 1959 beim Kübeln kennengelernt. „Kübeln“, was ist das? Nun, in jeder Zelle gab es damals nicht etwa eine Toilette mit Wasserspülung, sondern einen „Kübel“. Das war ein Behältnis aus Keramik

oder Metall zum Verrichten der Notdurft. Dieser Kübel mußte täglich geleert werden, und man kann sich leicht vorstellen, daß das keine appetitliche Angelegenheit gewesen ist. Dennoch haben wir drei uns freiwillig zum Kübeln gemeldet, um einmal aus der Zelle herauszukommen und vor allem, um miteinander reden und Kontakt halten zu können. Otto Maerker aber hatte sich nicht freiwillig gemeldet, sondern wurde aus Schikane dazu beordert. Er hatte seine Strafzeit bis dahin ausschließlich in Einzelhaft verbracht. Ich erinnere mich noch (mit einer gewissen Unsicherheit nach so vielen Jahren), daß man ihm den Wunsch, eine Bibel in der Zelle zu haben, erfüllt hat mit der Bedingung, daß er dann aber keine andere Literatur bekommt.

Dr. Heinz Steudel, Berlin

**Abschied**

Siegfried Jahnke, 27. Mai 1930 – 19. Juni 2015

Die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge in Bonn nimmt Abschied von ihrem langjährigen ehemaligen Vorstandsvorsitzenden Siegfried Jahnke, der am 19. Juni 2015 nach schwerer Krankheit in Düsseldorf verstarb.

Der gebürtige Berliner hatte sich früh entschlossen – nicht zuletzt unter dem Eindruck der Kundgebung auf dem Platz der Republik am 9. September 1948 –, den kommunistischen Machtansprüchen Widerstand entgegenzusetzen. Seine – wie er später selber schreiben sollte – „recht naiven subversiven Aktionen“ in Form von antikommunistischen Flugblättern und Berichten an westdeutsche Einrichtungen bekamen die erwartungsgemäß falsche Aufmerksamkeit: Im März 1949 wurde er vom sowjetischen Geheimdienst verhaftet und durch ein Militärtribunal wegen angeblicher Spionage und antisowjetischer Hetze zu 25 Jahren Arbeitslager verurteilt.

Die Jahre 1949 bis 1953 verbrachte er in Bautzen, bis zu seiner Entlassung nach West-Berlin 1956 folgten drei weitere Jahre in der Vollzugsanstalt Torgau (Fort Zinna). Die Zeit im „Gelben Elend“ überlebte er nur mit viel Willenskraft, einer gehörigen Portion Glück und vor allem den segensreichen wie heilenden Kräften von Unmengen von Knoblauchknollen – wie in seinen mitunter sehr schwarzhumorigen Hafterlebnissen „Geschichten aus dem Gulag“ 2010 nachzulesen ist. Die

Haft machte ihn zudem zu einem glühenden Anhänger der Schriften Lao-tses.

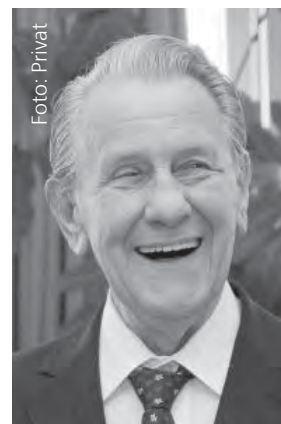
1957 zog Siegfried Jahnke nach Düsseldorf/Erkrath, wo er mit seiner Frau bis zu seinem Tode lebte. Sein politisches und schriftstellerisches Engagement setzte er auch vom Rheinland aus fort: In zahlreichen Kurzgeschichten, Essays und Gedichten setzte er sich u.a. kritisch mit Krieg, Diktaturen und später der politischen Haft auseinander. Seit 2011 war er zusätzlich in Zeitzeugenprogrammen aktiv. So ganz konnte er in seiner spitzbübischen Art allerdings nicht von der Subversion lassen: In unregelmäßigen Abständen erstellte er kleine, kritische Gedichtsammlungen („Endlich umdenken“), die er – vorzugsweise in seiner „zweiten Heimatstadt“ Berlin – unbemerkt in Zeitschriftenläden sowie Bussen und Bahnen auslegte.

Von 2004 bis 2014 war Siegfried Jahnke Vorsitzender unseres Stiftungsvorstandes. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstelle verlieren einen warmherzigen und humorvollen Vorgesetzten, der stets auch ein offenes Ohr für die Probleme und Nöte der Belegschaft hatte. Die Mitglieder des Vorstandes verlieren daneben einen sachkundigen, stets ausgleichenden und vermittelnden Kameraden, der sowohl die leisen Töne beherrschte als auch die Kunst der „spitzen Feder“, wenn es um den Einsatz für die politischen Häftlinge ging.

Im Oktober 2013 wurde Siegfried Jahnke für sein gesamtes ehrenamtliches Engagement mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet.

„Der da oben“ wird unzweifelhaft seine helle Freude an ihm haben – wir hier unten werden fortan ohne seine herzliche Art und seinen schier unerschöpflichen Vorrat an Geschichten und Anekdoten auskommen müssen. Unser Mitgefühl gilt seiner Frau, seinen beiden Töchtern sowie allen Angehörigen, Kameraden und Freunden, die ihn kennenlernen durften.

Vorstand und Mitarbeiter der  
Geschäftsstelle der Stiftung für  
ehemalige politische Häftlinge



Siegfried Jahnke.

**Bürgerberatung**

des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen  
in Berlin

Telefonische Beratung und Terminvereinbarung:  
(0 30) 23 24–70 00

Montag bis Donnerstag 8.00–17.00 Uhr

Freitag 8.00–14.00 Uhr

## Bitterfelder Abwege

### Siegfried Pitschmanns verschollener Roman

Dieses seit 1959 verschollene Buch ist das vorerst letzte Zeugnis einer bis heute nicht abgeschlossenen DDR-Literatur, deren politischer Rahmen im Herbst 1989 weggesprengt wurde. Sein Verfasser, der 1930 im schlesischen Grünberg geborene, nach der Flucht aber im thüringischen Mühlhausen aufgewachsene Siegfried Pitschmann, gelernter Uhrmacher, ist 1957/58 für ein halbes Jahr nach Hoyerswerda gezogen, um am Aufbau des 1955 gegründeten Industriekombinats „Schwarze Pumpe“ mitzuarbeiten. Als er im Januar/Februar 1959 im Schrift-

stellerheim „Friedrich Wolf“ am Schwielowsee, wo er seine spätere Frau Brigitte Reimann kennenlernte, niederschrieb, was er in „Schwarze Pumpe“ unter den Arbeitern erlebt hatte, konnte er nicht ahnen, daß ihm seine nüchtern-realistische Schreibweise zum Verhängnis werden und sein Manuskript für eine Veröffentlichung unbrauchbar machen würde.



.....  
*Siegfried Pitschmann: Erziehung eines Helden, Roman, mit einem Nachwort von Kristina Stella, Aisthesis-Verlag, Bielefeld 2015, 256 S., 19,95 €*  
 .....

Denn nur wenige Wochen später, am 24. April 1959, fand im Kulturpalast des „Elektrochemischen Kombinats“ in Bitterfeld eine Literaturkonferenz statt, auf welcher der zweimal mit dem Nationalpreis ausgezeichnete Schriftsteller und Verbandsfunktionär Erwin Strittmatter eine richtungsweisende Rede hielt, die am 28. April unter dem Titel „An die Basis – gegen die Selbstzufriedenheit“ in der SED-Zeitung Neues Deutschland nachzulesen war. Hier wurden, als Kampf gegen die „harte Schreibweise“ getarnt, die ideologischen Wegweiser für eine künftige Literatur aufgestellt, wobei der Redner als abschreckendes Beispiel das Manuskript des jungen Kollegen anführte, ohne freilich dessen Namen zu nennen. Es ist die Geschichte eines Kaffeehauspianisten, der sich nach einer gescheiterten Liebesbeziehung als Bauarbeiter in „Schwarze Pumpe“ verdingt und schließlich in zermürbenden Zwölf-Stunden-Schichten eingesetzt wird. In diesen sieben Kapiteln sind hervorragende Schilderungen zu fin-

den, die von der vorzüglichen Beobachtungsgabe des Autors zeugen, besonders im letzten Kapitel. Von der angeblich amerikanischen Autoren nachempfundenen „harten Schreibweise“ ist nichts zu spüren, allerdings wird auch kaum von Sozialismus und Planerfüllung gesprochen. Von angeblichen „Radaubrüdern, Säufnern, Glücksrittern“ oder „von solchen Arbeitern, die ihre Kräfte um der dicken Lohntüte willen verdoppeln und verdreifachen“, ist hier ebenfalls nichts zu lesen. Das waren Erfindungen Erwin Strittmatters, der in „Schwarze Pumpe“ schmerzlich die „klassenbewußten Arbeiter“ vermißte: Es gab sie nicht! So entwertete er in seiner Bitterfelder Philippika ununterbrochen ein Manuskript, das er nie gelesen hatte: „Die Menschen, die hier arbeiten, werden als ständig betrunken, geldgierig und ohne moralischen Halt geschildert... Zu den großartigen Leistungen, wie sie täglich beim Aufbau des Sozialismus vollbracht werden, befähigt unsere Arbeiter nicht die Geldgier, sondern ihr Bewußtsein.“

Als Siegfried Pitschmann 1960 noch einmal, jetzt mit Brigitte Reimann, für vier Jahre nach Hoyerswerda zog, lernten sie dort die harte, ideologisch ungeschminkte Realität an der „ökonomischen Basis“ kennen. Diese verstörende Erfahrung machten alle DDR-Autoren, die freudig den „Bitterfelder Weg“ einschlugen, der nach dem Mauerbau von 1961 in eine ganz andere Richtung lief. Brigitte Reimann veröffentlichte, um sich diesen Widerspruch zu erklären, unter dem Titel „Entdeckung einer schlichten Wahrheit“ im Neuen Deutschland vom 8. Dezember 1962 einen „Offenen Brief“, worin sie alle Erfahrungen bestätigte, die Siegfried Pitschmann schon 1957/58 gemacht hatte. Nach einem Selbstmordversuch in Burg bei Magdeburg 1959, wo Brigitte Reimanns Eltern lebten, ließ Siegfried Pitschmann das Manuskript unvollendet liegen, es wurde 2014 im Literaturzentrum Neubrandenburg aufgefunden. Noch Jahrzehnte später hat er der Weimarer Pfarrerin Maria-Elisabeth Lüdde berichtet, wie im Vorstand des Berliner Schriftstellerverbands mit ihm umgegangen wurde: „Es war ein entsetzliches Abschlagen, ein Strafgericht. Für mich war in dieser einen Stunde alles aus. Etwas in mir zerbrach.“

Jörg Bernhard Bilke

## Veranstaltungen

18.8. (Di), 18.00 Uhr:

„**Fluchthelfer Thurow ist zu erschlagen!**“, Rudi Thurow berichtet als Zeitzeuge; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5-7, 10178 Berlin

29.8. (Sa), 14.00–20.00 Uhr:

„**Aus dem Schatten ins Licht**“. Tag zur Aufarbeitung der kommunistischen Gewaltherrschaft; Veranstaltung d. OvZ-DDR e.V. u.a.; Ort: Kaßberggefängnis, Kaßbergstr. 17, 09112 Chemnitz

1.9. (Di), 18.00 Uhr:

**Erinnern – nie vergessen. NKWD-Lager Mühlberg/Elbe**, Autorin Helma von Nerée berichtet über das Schicksal ihres Vater; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

3.9. (Do), 19.00 Uhr:

„**Der goldene Westen?**“ Diskussion mit Martin Ahrends u. Siegfried Heilmann; Veranstaltung d. Stiftung Berliner Mauer; Ort: Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde, Marienfelder Allee 66/80, 12277 Berlin

8.9. (Di), 18.00 Uhr:

**Macht und Meisterschaft. Fußball in der DDR**; Veranstaltung der Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

8.9. (Di), 19.00 Uhr:

„**Der Kremel und die deutsche Wiedervereinigung 1990**“, Buchvorstellung u. Podiumsdiskussion; Veranstaltung d. Metropol Verlags u.a.; Ort: Besucherzentrum Gedenkstätte Berliner Mauer, Bernauer Str. 119, 13355 Berlin

13.9. (So), 11.00–18.00 Uhr:

**Tag des offenen Denkmals**. Führungen um 11, 12, 14 u. 16 Uhr, Gedenkstätten-Café, Klangbilder, Geschichten ohne Worte; 15.00 Uhr: Open-Air-Konzert mit Jasper Libuda u. Daniel Moheit; Veranstaltung d. Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam; Ort: Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam, Leistikowstr. 1, 14469 Potsdam

15.9. (Di), 18.00 Uhr:

„**Rollbahnen des Klassenfeindes – Die DDR-Überwachung des Berliner Transits 1949–1990**“, Buchvorstellung mit Autor Peter Joachim Lapp; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5-7, 10178 Berlin

17.9. (Do) – 18.9. (Fr):

„**Der Aufbau Ost im mittelosteuropäischen Vergleich – eine Bilanz nach 25 Jahren**“, Konferenz der Deut-



schen Gesellschaft e.V.; Ort: Landesvertretung Thüringen beim Bund, Mohrenstr. 64, 10117 Berlin; Anmeldung bitte unter heike.tuchscheerer@deutsche-gesellschaft-ev.de oder Tel. (030) 884 12-254.

17.9. (Do), 19.00 Uhr:  
**„Krieg im Äther – medialer Klassenkampf zwischen DDR und BRD von 1956 bis 1989“**, Podiumsdiskussion; Veranstaltung d. Stiftung Berliner Mauer u.a.; Ort: Besucherzentrum Gedenkstätte Berliner Mauer, Bernauer Str. 119, 13355 Berlin

20.9. (So) 10.00 Uhr:  
**Festgottesdienst** zum 50jährigen Bestehen des Gemeindehauses der Versöhnungskirche, anschließend Vortrag; Ort: Dokumentationszentrum Gedenkstätte Berliner Mauer, Bernauer Str. 111, 13355 Berlin

23.9. (Mi), 19.00 Uhr:  
**„Woodstock am Karpfenteich“**, Lesung mit Autor Ulli Bobel in der „Deutschen Lesereihe“; Veranstaltung der Deutschen Gesellschaft e.V.; Ort: Europasaal der Deutschen Gesellschaft e.V., Voßstr. 22, 10117 Berlin

24.9. (Do), 19.00 Uhr:  
**„Wege die wir gingen. Zwölf Frauen aus Ost- und Westdeutschland geben Auskunft“**, Buchpräsentation mit Autorin Barbe Maria Linke; Ort: Heinrich-Böll-Stiftung, Beletage, Schumannstr. 8, 10117 Berlin

24.9. (Do), 19.00 Uhr:  
**Was zusammen gehört.** 25 Jahre Einheit aus postmigrantischer Sicht. Diskussionsveranstaltung der Stiftung Berliner Mauer; Ort: Besucherzentrum Gedenkstätte Berliner Mauer, Bernauer Str. 119, 13355 Berlin

## Vorschau

27.10. (Di), 16.00-19.00 Uhr:  
**Wir sind das Volk. – Wer ist das Volk?** Diskussionsveranstaltung der Deutschen Gesellschaft e.V. und des Bundesministeriums des Innern; Ort: Landesvertretung Sachsen-Anhalt beim Bund, Luisenstr. 18, 10117 Berlin; Anmeldung bitte unter heike.tuchscheerer@deutsche-gesellschaft-ev.de oder Tel. (030) 884 12-254.

2.11. (Mo), 10.00-17.30 Uhr:  
**Innenpolitik gleich Außenpolitik?** Innenpolitische Implikationen deutscher Außenpolitik, Symposium der Deutschen Gesellschaft e.V. mit Dr. Thomas de Maizière, Gernot Erler, John C. Kornblum u. vielen anderen; Ort: Landesvertretung Sachsen-Anhalt beim Bund, Luisenstr. 18, 10117 Berlin; Anmeldung bitte unter heike.tuchscheerer@deutsche-gesellschaft-ev.de oder Tel. (030) 884 12-254.

## Buchtip

# Kunst verändert

(VT) Die Versöhnungskirche Dresden war zwischen 1979 und 1988 zu einem weit über die Kirchengemeindengrenzen hinausgehenden Mittelpunkt künstlerischer und politischer Öffentlichkeit geworden.



.....  
 Werner Karsch/Christoph Münchow: *Kunst verändert. Kunstaktionen in der Dresdner Versöhnungskirche 1979 bis 1988*, Sandstein-Verlag 2015, 128 S., 18,- €

.....  
 Ausstellungen, Lesungen, Auktionen, literarische Vorträge und Seminare verknüpften karitative Hilfe und Gesellschaftskritik. Die Verbindung von Künstlern, politisch aktiven Bürgern und Kirchengemeinde wirkte sich auf das gesamte Land, bis nach Polen und Rumänien und schließlich auch auf die Friedliche Revolution 1989 aus.

Nun wird dieses Kapitel der Kunst- und Gesellschaftsgeschichte erstmals ausführlich im Zusammenhang dargestellt.

## Berichtigung

In der Buchbesprechung „Brachiale Gewalt gegen Frauen“, Ausg. 5/2015, S. 16, sind zwei Fehler aufgetreten. Anne-Matze Matz-Donath war nicht in Sibirien, sondern in der SBZ und DDR inhaftiert. Das Zitat „Diese Schergen ließen mich vier Jahre lang in dem Glauben...“ ist nicht von ihr, es sind die Worte einer von ihr Befragten.

Die Redaktion

## Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im September Geburtstag haben

Günter Hoffmann am 2. September, Rainer Opitz am 3. September, Hildegard Kalweit am 4. September, Sabine Gorynia, Anneliese Wolf am 6. September, Erwin Schwung am 7. September, Renate Stimming am 11. September, Edith Kallweit, Helga Rill am 12. September, Rolf Schälike am 13. September, Horst Klinke am 14. September, Reinhard Lehmann am 16. September, Dr. Wolf Erler am 18. September, Ursula Freisel am 21. September, Eckhard Bufe am 23. September, Heinz Martini am 25. September, Jutta Petenati, Lenchen Sperling am 27. September, Joachim Simon am 28. September

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

## UOKG-Beratungsstelle

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin  
 Fax (030) 55 77 93 40

Benjamin Baumgart, Jurist, Mo-Fr, 10-12 Uhr  
 Tel. (030) 55 77 93 53  
 E-Mail baumgart@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption),  
 Mo-Fr, 14-16 Uhr  
 Tel. (030) 55 77 93 54  
 E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Beratungsstelle für ehemalige DDR-Heim- und Jugendwerkhofkinder in enger Zusammenarbeit mit der Berliner Anlauf- und Beratungsstelle („Fonds Heimerziehung“)  
 Tel. (030) 57 79 92 01  
 Telefonische Sprechzeit: Mi 10-12 Uhr  
 E-Mail Beratung-DDR-Heimkinder@uokg.de

## Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin  
 Tel. (030) 55 49 63 34  
 Fax (030) 55 49 63 35  
 E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Elke Weise, Juristin  
 Di 11-18 Uhr, Mi u. Do 11-16 Uhr  
 Marleen Puchert

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

## Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Hans-Jürgen Bestehorn, Siegfried Göthel, Brigitte Hänsel, Klaus Kruger, Kurt Lange, Erich Lienhart, Eike Christine Radewahn, Siegbert Schmolke, Michael Schütt, Walter Schulze u. Doris Schulz, Horst-Hermann Süßmilch

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein  
Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48  
Berliner Bank AG  
IBAN: DE58 1007 0848 0665 5245 01  
BIC: DEUT DE DB110  
Verwendungszweck:  
„Stacheldraht-Spende“

Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin  
PVSt. Deutsche Post AG. Entgelt bezahlt  
\*13017#000#0412\*

### Das Zitat

Unsere Jugend liebt den Luxus; sie hat schlechte Manieren, mißachtet die Autorität und hat keinen Respekt vor dem Alter. Die heutigen Kinder sind Tyrannen. Sie widersprechen ihren Eltern, schlürfen beim Essen und tyrannisieren ihre Lehrer.

Sokrates (469-399 v. Chr.)

### Bürgerkomitee Leipzig e.V.

Jeweils sonnabends, am 22. und 29. August, sowie am 5., 8. und 12., 19. und 26. September, 14.00 Uhr: Stadtrundgang „Auf den Spuren der Friedlichen Revolution“, Treffpunkt Leipzig, Hauptportal Nikolaikirche

### Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg

Vorsitzender: Viktor Gorynia  
Sprechzeiten: Mi 11–17 Uhr  
BSV-Förderverein für Beratungen  
Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1  
10365 Berlin  
Telefon (030) 55 49 63 34  
Fax (030) 55 49 63 35  
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de  
Konto: BSV-Förderverein  
Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48  
Nr. 665 52 45 00  
IBAN DE85 1007 0848 0665 5245 00  
BIC DEUT DE DB110

### Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Vorstandsbeauftragte:  
Dr. Christian Fuchs, Theo Mittrup  
Tel. (030) 55 77 93 51, Fax –40  
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 19  
Ruschestraße 103, Haus 1  
10365 Berlin  
Internet: www.uokg.de  
E-Mail: info@uokg.de  
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,  
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24  
IBAN DE79 1007 0024 0734 2728 00  
BIC DEUTDE33HAN

### Impressum DER STACHELDRAHT

**Herausgegeben** von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

**Redaktion:** Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31, E-Mail: der-stacheldraht@web.de  
Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110

**BUNDESTIFTUNG AUFARBEITUNG** Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

**Herstellung:** Satzherstellung Neymanns, Föttinger Zeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24, E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

Verkaufspreis 1,- Euro  
Auflagenhöhe 10 000

Bezug über die Redaktion  
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor. Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 3. August 2015

